Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Ernst Wittmack, Magdeburg. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Bezugspreis: Monatlich 80 Pfennig, beim Abholen von der Expedition monatlich 70 Pfennig. Bei den Postanstalten 2,10 Mark ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfennig. — Insertionsgebühr: Die gespaltene Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate von auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Verlag und Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernsprecher 5497.

Nr. 28. **Halle, Dienstag den 3. Juli 1917.** **1. Jahrgang.**

Schaukelspiel.

Der Verfassungsausschuß des Deutschen Reichstags berät am 3. Juli die sozialdemokratischen und freisinnigen Anträge, deren Ziel die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zu den Landtagen ist. Wenn nichts Außerordentliches, Ueberraschendes geschieht, werden diese Anträge abgelehnt werden.

Im Laufe der

Kämpfe um das preußische Wahlrecht,

die sich vor Kriegsbeginn abspielten, hat sich der Reichstag wiederholt mit der Wahlrechtsfrage beschäftigt. Und immer ergab sich dasselbe Bild. Die Linke war für die reichsgesetzliche Reglung der Materie im Sinne der Demokratie, die Rechte war selbstverständlich gegen sie, die beiden Mittelparteien aber, Zentrum und Nationalliberale, waren scheinbar in dieser Angelegenheit verschiedener Ansicht, doch lief ihre theoretische Meinungsverschiedenheit auf eine gemeinsame praktische Ablehnung der von der Linken gestellten Anträge hinaus.

Das Zentrum erklärte, es sei „grundsätzlich" für das gleiche Wahlrecht zu den Landtagen, halte aber dessen Einführung für die Sache der Landtage selbst und verwerfe jeden Eingriff der zentralistischen Gesetzgebung, die dem bundesstaatlichen Charakter des Reiches widerspreche.

Die Nationalliberalen versicherten, als Anhänger der Reichseinheit hätten sie an sich gegen eine reichsgesetzliche Reglung der Materie gar nichts einzuwenden, sie seien jedoch nicht der Meinung, daß das gleiche Wahlrecht, das für das Reich das richtige sei, auch für die einzelstaatlichen Wahlen das richtige Verfahren abgebe, sie seien für die Landtage, zumal für den preußischen, Anhänger nicht des gleichen, sondern des abgestuften Wahlrechts.

Dieses Schaukelspiel, das zwischen Zentrum und Nationalliberalen in der Wahlrechtsfrage getrieben wurde, hat noch stets alle Anstrengungen der Linken, durch die Reichsgesetzgebung zu

staatsbürgerlicher Rechtsgleichheit

zu kommen, zunichte gemacht. Es gab im Reichstag eine Mehrheit, die sich grundsätzlich für das gleiche Wahlrecht in Preußen erklärte (Sozialdemokraten, Fortschrittler, Zentrum), und es gibt im Reichstag auch eine Mehrheit, die grundsätzlich die reichsgesetzliche Reglung der Wahlrechtsfrage in den Einzelstaaten für zulässig erklärt. (Sozialdemokraten, Fortschrittler, Nationalliberale.) Nur leider sind die beiden Mehrheiten voneinander verschieden, tritt das eine Glied hinzu, so springt sofort das andre ab.

Es besteht kaum eine Aussicht dafür, daß die Dinge im Verfassungsausschuß diesmal einen andern Weg gehen könnten. Denn das Zentrum hat sich im Laufe der Jahre immer mehr den Konservativen verschrieben. Es wird den Standpunkt, daß die Wahlrechtsfrage eine Sache der Einzelstaaten sei, um so stärker betonen, als es in Wirklichkeit die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen gar nicht will. Das Bekenntnis zum gleichen Recht in den Einzelstaaten war für das Zentrum nie mehr als Lippengebet, und auch dieses Gebet ist mit der Zeit immer leiser geworden und zu guter Letzt völlig verstummt. Für das Zentrum ist die Betonung des bundesstaatlichen Charakters des Reiches weiter nichts als ein willkommener Vorwand, sich den Forderungen der Zeit zu entziehen und die Wahlrechtsfrage in den Landtag abzuschieben, wo man noch immer der weitestgehenden Berücksichtigung reaktionärer Interessen gewiß ist.

Auf der andern Seite ist bei den Nationalliberalen immerhin ein gewisser Fortschritt zu verspüren. Verschiedene nationalliberale Vereine haben sich in der letzten Zeit für die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen ausgesprochen. Ein

mutiger, großzügiger Entschluß

ist aber trotzdem von den Nationalliberalen nicht zu erwarten. Denn erstens ist der Einfluß des rechten, schwerindustriellen Flügels noch immer so groß, daß die Partei von einem Bekenntnis zum gleichen Wahlrecht ihre Sprengung befürchten müßte. Zweitens aber möchten selbst die Nationalliberalen, die für das gleiche Wahlrecht in Preußen sind, denselben Grundsatz nicht auf die kleinern Bundesstaaten ausgedehnt wissen, in denen dann unmittelbar die Herrschaft der Sozialdemokratie „droht". Ist also der Standpunkt des Zentrums der einer entschlossenen und zweckbewußten Ablehnung, so befinden sich die Nationalliberalen in dem bei ihnen so beliebten Zustand des „Möchtegern" und „Kanndochnicht". Etwas Gescheites kann dabei nicht herauskommen.

Indes ist es nicht ganz sicher, ob das Stimmenverhältnis im Verfassungsausschuß jenem im Reichstagsplenum völlig entspricht. Denkbar wäre es immerhin, daß sich — den entsprechenden Druck der Volksstimmung vorausgesetzt — im Plenum eine positive Mehrheit bilden könnte, die aus Sozialdemokraten, Fortschrittlern, Polen, Elsaß-Lothringern und Splittern des Zentrums wie der nationalliberalen Partei bestände. Ganz sicher und über jeden Zweifel erhaben ist es, daß die Regierung eine solche Mehrheit haben könnte, wenn sie sie haben wollte. Eine entschlossene Führung könnte die reichsgesetzliche Reglung der Wahlrechtsfrage binnen kürzester Zeit in zufriedenstellender Weise erledigen. Aber diese Führung fehlt.

Der Rest ist eine neue Enttäuschung. Seit 10 Jahren wird an der

preußischen Krankheit

in Krieg und Frieden herumgedoktert, ohne daß ein vertrauenerweckender Schritt zu ihrer Heilung sichtbar wird. Die Wahlrechtsfrage den Einzelparlamenten zu freier Entscheidung überlassen, heißt ihre Lösung verhindern. Auf dem Wege der einzelstaatlichen Gesetzgebung kann die Frage nicht gelöst werden, ohne daß ein Staatsstreich oder eine Revolution die Lösung bringt, sei es auch in noch so ruhiger und unblutiger Form.

Ein Artikel des Vorsitzenden des Verfassungsausschusses, Genossen Scheidemann, in der Sonntagnummer des „Vorwärts" zur gleichen Frage enthält die bemerkenswerte Mitteilung, daß die Osterbotschaft ursprünglich das Versprechen des gleichen Wahlrechts enthalten habe, daß dieses Versprechen aber auf den Einspruch einer bestimmten Seite hin in die viel deutbarere Formel umgewandelt wurde, für ein Klassenwahlrecht sei kein Raum mehr.

Bei der Regierung wie bei den bürgerlichen Mittelparteien das gleiche Zurückweichen vor reaktionären Strömungen. Es ist ein Weg des Unheils, den sie gehen, und nirgends zeigt sich noch der rettende Ausweg. —

Im Feuer der Champagne.

Henri Barbusse heißt ein etwa vierzigjähriger Franzose, der den Krieg seit Beginn an der vordersten Front als einfacher Soldat erlebte. Dieser Soldat, im Frieden ein talentvoller Literat, wie so viele andre ebenfalls, Leiter eines Pariser Modejournals usw., hat sich seither als einer der stärksten Schriftsteller der Gegenwart ausgewiesen. Sein Buch „Le Feu" (Das Feuer) wurde in Frankreich mit dem vornehmsten Literaturpreis, mit dem Prix Concours, bedacht. In seiner einfachen menschlichen Größe, erfüllt von einer überraschend reichen, oft elementar wirkenden Sprache, ist dieses Werk zugleich eine furchtbare Anklage gegen den Krieg, gegen dessen Macher, gegen das ganze Gesindel der Kriegshetzer und Kriegsgewinner, welche das Gleich zur Befriedigung irgendwelcher persönlichen Interessen gebrauchen. Es ist bezeichnend für die Stimmung in Frankreich, daß dieses „Tagebuch einer Schützengrabenbesatzung" in kurzer Zeit in seiner 65. Auflage erscheinen konnte.

Wir bringen hier in freier Uebersetzung eine Probe: sie sticht in jenem großartigen Kapitel, das dem ganzen Buche den Titel gegeben hat. Es ist an einem Abend während der Schlacht in der Champagne. Die Mannschaft wartet im Unterstand des vordersten Schützengrabens, ungewiß, ob der Befehl zum Angriff gerade sie treffen wird. Mit erzwungen gleichgültigen Gesprächen suchen sich die Leute über die innere Unruhe hinwegzuhelfen; die nächsten Augenblicke sollen über Leben und Tod eines jeden von ihnen entscheiden! Wer weiß, vielleicht werden sie auch diesmal verschont — da — ein Stimmengewirr im Nachbargraben —:

„Halt!" ruft einer der Unsrigen unvermittelt; „hört Ihr nicht? Hat man nicht Alarm geschrien?"

„Alarm? Bist Du verrückt?"

Kaum sind diese Worte gesprochen, schiebt sich ein Schatten vor den Eingang des Unterstandes und jemand ruft: „Auf, zu den Waffen!"

Ein plötzliches Schweigen. Dann einige Ausrufe. Aber

die Worte vergehen uns.

Wir sind stumm geworden. Man erhebt sich zur Hälfte, bewegt sich gebückt oder auf den Knien, schnallt die Riemen fest. Die Schatten der Arme greifen hin und her. Man stopft die Kleidertaschen mit allerhand Gegenständen voll. Und wir verlassen unser Versteck in wirrem Durcheinander. Tornister und Decken nach uns schleppend. Draußen im offenen Graben erfaßt uns eine Betäubung. Der Lärm der Schießerei hat sich verhundertfacht, unsre Batterien donnern ununterbrochen. Man preßt die Zähne aufeinander, stößt sich gegenseitig, murrt, ohne zu reden.

Ein Befehl wird weitergegeben: „Tornister aufnehmen!"

„Halt, Gegenbefehl!" schreit ein Offizier, der mit langen Sätzen herangeilt. Gegenbefehl? Ein Schauer durchfährt uns, ein Schwall von Hoffnungen richtet uns auf, wir sind voll ungeheurer Erwartung. Aber nein: Gegenbefehl nur für die Tornister. „Keine Tornister mitnehmen, die Decken rollen und um den Leib schnallen!"

Man schnallt die Decken ab, reißt sie auseinander, rollt sie. Mit keinem Worte, mit starrem Blicke, gepreßten Lippen. Die Korporale und Wachtmeister, ein wenig aufgeregt, treiben zur Eile an: „Schnell, zum Donnerwetter, wird's bald!"

Wir sind bereit, schweigend, stützen uns auf die Gewehre und warten. Ich betrachte die

verzerrten bleichen Gesichter

meiner Kameraden. Das sind keine Soldaten, es sind Menschen. Es sind keine Abenteurer — Krieger, zur Menschenschlächterei bestimmt. Es sind Bauern und Arbeiter in Uniform, entwurzelte Zivilisten. Sie sind bereit. Sie erwarten den Befehl zum Sterben und zum Morden. Jeder weiß: Nun werde ich meinen Kopf, meine Brust, meinen Unterleib, meinen ganzen Körper den Gewehren, den Schrapnellen, den aufgehäuften Granaten, den methodischen und fast unfehlbaren Maschinengewehren, kurz all dem aussetzen müssen, was dort drüben in furchtbarem Schweigen wartet und dann erst stoße ich auf andre Soldaten, die ich töten soll.

Sie sind nicht Lebensverächter wie die Banditen, nicht blind vor Zorn wie die Wilden. Trotz der Propaganda, die sie bearbeitete, sind sie nicht verhetzt. In vollem Bewußtsein, in voller Kraft und Gesundheit warten sie, um sich an jenen Wahnsinn, den der Wahnsinn des ganzen Menschengeschlechts jedem einzelnen Menschen aufzwingt, von neuem wegzuwerfen. Man sieht, wieviel Ahnung, Furcht, wieviel Abschiednehmen in ihrem Schweigen, ihrer Unbeweglichkeit, in der scheinbaren Ruhe ist, welche wahrhaft übermenschlich auf ihren Gesichtern liegt. Es sind keine Helden, wie man sie sich etwa denkt; wer sie nicht gesehen hat, kann den Wert ihres Opfers überhaupt nicht ermessen.

Sie warten. Das Warten wird zur Ewigkeit. Von Zeit zu Zeit erzittert der eine oder der andre, wenn eine deutsche Kugel an die Grabenwand aufschlägt. Die Abenddämmerung verbreitet ein großartig trübes Licht auf diese starke unverletzte Masse von Männern, wovon ein Teil nur bis zum Anbruch der Nacht leben wird. Es regnet. Es regnet in allen meinen Erinnerungen an die Tragödien des großen Krieges. Die Nacht steigt langsam herauf wie eine

unbestimmte, eisige Drohung.

Bald wird sie uns umschlossen haben als eine Gefahr, groß wie die Welt.

Wieder werden Befehle weitergegeben. Handgranaten werden verteilt. „Auf jeden Mann zwei Stück!" Und wir warten von neuem. Der regnende Raum ist wie von Hammerschlägen erfüllt und nur begrenzt von der ungeheuerlichen Kanonade in der Ferne. Einige Soldaten haben sich gesetzt, andre gähnen. Da eilt ein Bote heran und spricht mit dem Wachtmeister. Dieser kehrt sich zu uns und ruft: „Vorwärts, wir sind an der Reihe!"

Wir sehen uns alle zur selben Zeit in Bewegung, steigen die Tritte des Grabens hinauf und sind oben.

„Vorwärts!"

Der Aufbruch geschah wie im Traume. Kein Pfeifen in der Luft. Mitten im gewaltigen Kanonendonner unterscheide ich genau das außergewöhnliche Schweigen der gegnerischen Gewehre. Wie, wir werden nicht beschossen? Nein! Das ganze Bataillon dringt vorwärts über das zerrissene, kahle Gelände, scheinbar unbeobachtet. Das Schweigen ist voll von einer Drohung, die wächst, wächst. Das sind unsre Stacheldrahtverhaue, wir passieren sie. Es pfeifen einige Geschosse durch die Luft. „Wartet mit den Handgranaten bis zum letzten Augenblick!" schreit der Wachtmeister.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170703-13/fragment/page=0001

Aber seine Stimme geht plötzlich unter. Vor uns, in breiter Front, springen düstere

Flammen jäh in die Höhe,

furchtbare Schläge erschüttern die Luft. Flammen entstürzen den Himmel, Explosionen brechen aus der Erde. Ein entsetzlicher Vorhang trennt uns von der Welt, von Vergangenheit und Zukunft. Wir halten an, vom donnernden Chaos halb erstarrt. Dann, wie in gemeinsamer Anstrengung, setzen wir uns schnell wieder in Bewegung. Wir wanken, halten uns gegenseitig fest im wirbelnden Rauch. Im Hintergrund klaffen unter betäubendem Krachen und springender Erde ganze Krater, nebeneinander, ineinander.

Dann weiß man überhaupt nicht mehr, wo die Geschosse fallen. Der Orkan ist so ungeheuerlich, daß einen der bloße Lärm der Donnerschläge und der sprühenden Sprengstücke in der Luft vernichtet. Man sieht, man fühlt, wie das Eisen vorbeizischt. Plötzlich lasse ich mein Gewehr fallen, so sehr hat mir der Feuerrauch einer Explosion die Finger verbrannt. Ich hebe es wieder auf und dringe mit gesenktem Kopfe vorwärts durch den zerschmetternden, wild leuchtenden Sturm. Der Hauch des Todes drängt uns, wirft uns empor, schiebt uns. Man weiß nicht, wo man geht. Die Augen sind geblendet. Vor uns ist der Ausblick durch eine sprühende Feuerlawine verhängt.

Es ist das Sperrfeuer. Der Flammenwirbel muß durchschritten werden. Es gelingt uns, wie zufällig, hier und dort sehe ich menschliche Formen sich dehnen, sich aufbäumen und zusammenbrechen. Ich sehe seltsame Gesichter Schreie ausstoßen, die man im Lärme nicht hört. Ungeheure, mit Rauch vermischte Glutmassen stürzen rings um mich nieder; sie durchwühlen die Erde, schieben mir den Boden unter den Füßen weg, stoßen mich zur Seite wie ein aufschnellendes Kinderspielzeug. . . . —

„m"

Was der Krieg bringt.

Erklärungen und Taten.

Das Wochenende und der Wochenanfang haben wiederum eine Flut von Kriegszielerklärungen gebracht. **Lloyd George** hat in Glasgow und Dundee große Kriegsreden vorgetragen, in denen mehr von „Verwicklungen, Schwierigkeiten und Sorgen" die Rede ist, als bisher. Auf die Frage nach dem Kriegsende hat Lloyd George noch immer die Antwort: „Der Krieg wird zu Ende sein, wenn die Alliierten das Ziel erreicht haben, das sie sich gesteckt haben." Mesopotamien will England unter keinen Umständen herausgeben, über das Schicksal der deutschen Kolonien soll durch — Volksabstimmung nach den Wünschen der Neger entschieden werden. Zur Erreichung des dauernden Friedens will Lloyd George „die militärische Macht Preußens vernichten". Im selben Atemzug verspricht er uns, diese Vernichtung möglichst schmerzlos zu gestalten, wenn Deutschland sich **rasch und vollständig demokratisiert.**

Auf dem Wege zum Frieden führt Lloyd Georges Rede nicht vorwärts. England bleibt nach wie vor das große Friedenshindernis.

Zur Formel des **Selbstbestimmungsrechts** der Völker hat die österreichische Regierung eine neue halbamtliche Erklärung abgegeben. Der gegenwärtige provisorische Ministerpräsident **Oesterreichs** hatte diesen Grundsatz im Abgeordnetenhaus entschieden abgelehnt. Jetzt wird diese Gegnerschaft dahin eingeschränkt, daß Oesterreich ein Selbstbestimmungsrecht der in seinem Staate lebenden Nationalitäten insoweit nicht anerkennen könne, als es gegen den Bestand des Staates selbst gerichtet sei und die innerpolitischen nationalen Auseinandersetzungen zum Gegenstand der internationalen Politik machen wolle. Die Absage an das Selbstbestimmungsrecht der Völker sollte also nicht die Absicht ausdrücken, bisher unabhängige Völker zu unterwerfen, sondern nur den Entschluß, die in Oesterreich vereinigten Nationalitäten im Staate zusammenhalten.

Gegenüber **Frankreich** gibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" zwei wichtige Erklärungen ab. Die eine betont im Anschluß an Aeußerungen des bisherigen Gesandten von Haiti in Berlin, daß für Deutschland eine elsaß-lothringische Frage nicht existiere und daß an irgendwelchen Handel über Elsaß-Lothringen die deutsche Regierung nicht denke. Die andre Erklärung enthält in einer Auseinandersetzung mit dem letzten Armeebefehl des französischen Oberkommandierenden General Petain den wichtigen Satz: „**Frankreich kann jederzeit** mit Deutschland **Frieden schließen**, einen Frieden, der es in keiner Weise zu Deutschlands Sklaven stempelt, sondern ein friedliches Nebeneinander der beiden Völker von neuem bringt, **so wie es vor dem Kriege bestand.**" Die Erklärung unterstreicht also noch einmal die Bereitschaft zu einem **Verständigungs**frieden auch nach Westen.

Wichtiger als diese Worte ist der **Beginn einer russischen Offensive** in Galizien. Sie beginnt gerade ein Jahr nach dem Anfang der Sommeschlacht. Friedenspolitisch bleibt sie tief bedauerlich. Rußlands revolutionäre Regierung hat bisher weder die Veröffentlichung der Geheimverträge herbeizuführen vermocht, noch eine Abänderung der Kriegsziele der Entente herbeigeführt. Die Losung vom „Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen" ist dadurch bisher eine bloße Forderung geblieben. Wir haben die innere Gewißheit vom festen Friedenswillen der Tscheidse und Skobelew, aber wir haben auch den dringenden Wunsch, daß es ihnen endlich gelingen möge, die Friedenssache praktisch vorwärts zu bringen. —

* * *

Wieder 36000 Tonnen.

Im Atlantischen Ozean wurden, wie der deutsche Admiralstab mitteilt, durch eins unsrer U-Boote neuerdings 36 000 Bruttoregistertonnen versenkt.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich: die bewaffneten englischen Dampfer „Westauley" (3795 Tonnen) mit Kriegsmaterial, „Ortolan" (2145 Tonnen) mit Stückgut, „Camito" (6611 Tonnen), „Thistledhu" (4026 Tonnen), ferner zwei große bewaffnete Dampfer, einer von ihnen voll beladen mit Munition, und ein unbekannter Dampfer von etwa 4500 Tonnen. Zwei der versenkten Segler hatten Oel und Tabak geladen. —

* * *

Der Seekrieg.

Ein englischer Kreuzer versenkt. Eines unsrer Unterseeboote hat einer amtlichen Meldung zufolge am 11. Juni im **Mittelmeer** einen unbekannten **englischen kleinen Kreuzer** älteren Typs torpediert. Aufgefundene zertrümmerte Boote trugen am Bug den Buchstaben G.

„U 52" freigelassen. Reuter meldet aus Madrid: Nach einem Kabinettsrat wurde offiziell mitgeteilt, daß das deutsche U-Boot, das in **Cadix** Zuflucht gesucht hatte, am Freitag morgen **abgefahren** ist. Es wurde innerhalb der territorialen Gewässer von spanischen Torpedobooten begleitet.

Versenkt. Maasbode meldet: Der Dampfer Toro (1141 Bruttoregistertonnen) aus Buenos Aires, der **brasilische** Dampfer Para (3351 Tonnen) und der Segler Star aus Marstal (100 Br.-Reg.-To.) wurden versenkt. Der Segler M. E. Eldrigte aus Havanna (258 Bruttotonnen) ist gesunken. Der Dampfer Waitotara aus Duneden gilt als verloren. Der **portugiesische** Dampfer Zambezia (1281 Tonnen) ist gesunken. Der **italienische** Segler Eletra Eudora (125 Bruttotonnen) ist gesunken, ebenso die **britischen** Fischerfahrzeuge Herring Finder und Pearl und der **amerikanische** Segler Edgar W. Murdock (1451 Bruttotonnen). Der **englische** Frachtdampfer Perlen (vermutlich Perla) (5255 Bruttotonnen) wurde von einem bewaffneten Fischdampfer versenkt. Der **englische** Dampftrawler Dalmation wird vermißt.

Norwegische Verluste. Die Pariser Presse meldet, daß im Laufe der letzten Woche **norwegische Dampfer** mit einer Gesamtwasserverdrängung von 17 712 Tonnen versenkt worden sind.

Untergegangen. Der Dampfer Himalaya (5620 Bruttoregistertonnen) der Messagerie Maritimes ist am 12. Juni bei Tagesanbruch **infolge einer Explosion untergegangen.** Er hatte 204 Personen an Bord, von denen 176 gerettet worden sind. —

* * *

Die „Unabhängigen" in Stockholm.

Der „Vorwärts"" berichtet aus **Stockholm**: Eine am Freitag ausgegebene Mitteilung über die Verhandlungen der „Unabhängigen" mit dem holländisch-skandinavischen Komitee läßt erkennen, daß die „Unabhängigen" eine deutliche **Wendung zum Zimmerwalder Programm** vollzogen haben. Sie haben sich in den Verhandlungen gegen die Haltung der deutschen Sozialdemokratie in der Friedensfrage und gegen ihre Denkschrift erklärt. Ein ausführliches Memorandum über die Verhandlungen mit den „Unabhängigen" soll am Montag herausgegeben werden.

Eine **allgemeine Konferenz** gilt hier **vor August für ausgeschlossen.** Frau Balabanoff kommt hierher, um an Stelle Grimms die Leitung des Zimmerwalder Bulletins zu übernehmen.

Zum Memorandum der Unabhängigen erklärt uns Genosse **Hermann Müller**: Was die deutsche Sozialdemokratie für den Frieden seit Kriegsbeginn getan hat, ist niedergelegt in der dem holländisch-skandinavischen Komitee ...reichten Dokumenten-Sammlung. Diese unanfechtbaren Beweise trug Scheidemann auch dem Komitee vor. Auch der Besprechung der Schuldfrage wich die deutsche Delegation vor dem Komitee nicht aus, wenn sie auch stets die Auffassung vertrat, daß ihre Verhandlung **unzweckmäßig** sei, weil sie auf der allgemeinen Konferenz mindestens wochenlange Debatten verursachen würde. Jeder Versuch, die **Friedensarbeit** der deutschen Sozialdemokratie zu verdächtigen, muß daran scheitern, daß diese Friedensarbeit seit langem im Mittelpunkt öffentlicher Erörterungen Deutschlands steht. Daß in diesen Erörterungen immer wieder vom „Scheidemannfrieden" gesprochen wird, zeigt schon, daß sich all diese Erörterungen an die von der deutschen sozialdemokratischen Partei tatsächlich geleistete Friedensarbeit anschließen. Im übrigen sind wir nach Stockholm gegangen, um **Friedensarbeit zu leisten, nicht um den deutschen Parteistreit auch hier weiterzuführen.** —

* * *

Keine Sommerreisen.

„Die Sommerreisen," schreibt das Pariser Blatt „L'Oeuvre", „sollen **besteuert** werden. Wenn der Staat damit Geschäfte zu machen hofft, wird er sich schwer verrechnen. Will er die Leute aber bloß von Eisenbahnfahrten abschrecken, so ist das ein Resultat, das ohnehin erreicht ist. Wer sich davon überzeugen will, braucht nur einen Blick in unsre Strandorte zu tun. Der bretonische Badestrand, der sonst schon im Juni reges Leben zeigte, liegt **verödet** da, die Hotels, die von den Verwundeten geräumt und ihrer ursprünglichen Bestimmung zurückgegeben sind, sehen vergeblich Zimmerbestellungen entgegen. Die Villen mit ihren herabgelassenen Rolljalousien und verriegelten Türen scheinen erst gar nicht auf Sommergäste zu warten, die ja doch nicht in Erscheinung treten werden. Bloß ein paar Kriegsgewinnler sind gekommen, um mit ihrem neuen Reichtum zu glänzen. Aber es ist niemand da, vor dem sie glänzen könnten.

Das Kriegseinschränkungsprogramm hat auch die sommerliche Erholung des Mittelstandes abgeschafft. Eine Reise an die See ist heute ein Gewaltstreich, zu dessen glücklicher Durchführung schon eine große Anzahl wundersamer und glücklicher Zufälle zusammentreffen müssen.

Da heißt es, das Droschkenproblem lösen, das Gepäck an die Bahn bekommen und es auch wirklich aufgeben können, wofür heute kaum erfüllbare Vorschriften bestehen, heißt es, in den schon stundenlang vor Abfahrt **überfüllten Zügen** sich einen Platz erkämpfen, alle Hoffnung auf regelrecht nachgelieferte Post schwinden lassen und vor allem heißt es, viel, viel Geld in den Beutel tun. Denn so ein Wohnungswechsel ist teuer, viel teurer als je zuvor, Fahrtvergünstigungen gibt es keine mehr, die Sätze sind im Gegenteil sogar erhöht. Wahrhaftig, der Augenblick, in dem man sich das Nötigste versagt, ist schlecht gewählt, um sich solch einen Luxus zu leisten.

Deshalb werden in diesem Jahr keine Kinderfüßchen über den Strand eilen, keine geschäftigen Buben und Mädchen im Sande buddeln, sondern die Kinder des Mittelstandes, die früher die glücklichsten waren, werden trübselige Ferien in der erstickenden Luft der Großstadt verleben. Sie werden's ja noch kalt genug im Winter haben.

So werden diese Kinder so gut wie ihre Väter im Schützengraben, jedenfalls viel besser als alle Politiker und Journalisten schon jetzt wissen, wer zu guter Letzt die **Kriegskosten** trägt! . . . —

* * *

Generalversammlung der Metallarbeiter.

Köln, 29. Juni.

In der Freitagsitzung wurde die Debatte über den Vorstandsbericht zu Ende geführt.

In seiner Rede zur Verteidigung der Politik der Generalkommission bestritt **Legien** mit aller Entschiedenheit, daß die Gewerkschaften ihre alten Grundsätze aufgegeben hätten. Geändert hätten sich die Regierung und die bürgerlichen Parteien in ihrem Urteil über die Gewerkschaften und in ihrem Verhalten gegen sie. Die Rede Dißmanns hätte auf einen Parteitag gehört. Dißmann hat hier wieder Lehrsätze aufgestellt, die wir seit 1893 für endgültig überwunden hielten. Er hat nämlich die Forderung vertreten, daß die Gewerkschaften sich einer neuen politischen Partei dienstbar machen sollten. Das eben ist es, was die Generalkommission rundweg abgelehnt hat. Die Gewerkschaften stellen ihre Ziele, soweit sie parlamentarisch vertreten werden müssen, unter den Schutz der sozialdemokratischen Partei, aber sie lehnen es rundweg ab, sich in ihrem gewerkschaftlichen Verhalten Vorschriften von einer politischen Partei machen zu lassen oder ihrerseits politische Differenzen mit zu entscheiden. Diese Haltung ist notwendig, weil die **Einheit der wirtschaftlichen Arbeiterbewegung unter allen Umständen hochgehalten** werden muß. Nur darin liegt die Gefahr, die für die Gewerkschaften aus der Gründung einer neuen politischen Partei entspringt, sonst in nichts.

Ueber die politische Phraseologie sind die deutschen Gewerkschaften längst hinaus; wogegen wir protestiert haben, das war nur der **Disziplinbruch**. Dieser Disziplinbruch hat ein schlechtes Beispiel gegeben, das in den Gewerkschaften wirken kann und schon gewirkt hat. Wir sollen uns in den politischen Streit eingemischt haben? Wir hatten nicht die mindeste Veranlassung dazu; wir haben dem Versuch gewehrt, Streit und Disziplinbruch in die Gewerkschaften hineinzutragen. Wir haben uns mit der größten Entschiedenheit gegen Disziplinlosigkeit und Sonderbündelei ausgesprochen. Ich wiederhole auch heute: lieber die Trennung als eine einheitliche Organisation, in der jeder tun und treiben kann, was er will. (Große Unruhe.) Aber **in den Gewerkschaften wird es nicht zur Trennung kommen**, trotz allem, was auch hier versucht wird, um sie herbeizuführen. Bei ihnen wird es keine Sonderbündelei geben; wer ihre Verurteilung nicht mit unterschreibt, der steht abseits von uns, der kann nicht länger Gewerkschaftsvertreter sein.

Wir werden für unser Tun und Lassen dem Gewerkschaftskongreß Rechenschaft ablegen, Wir haben keine Angst davor; wir können seinem Urteil ruhig entgegensehen. Das Hilfsdienstgesetz war gewiß nicht möglich und durchführbar ohne die Mitwirkung der Gewerkschaften. Wohl aber war es die Militarisierung aller Betriebe. Es werden schon wieder ruhigere Zeiten kommen, die anerkennen werden, was die Gewerkschaften gerade in dieser Kriegszeit für die deutschen Arbeiter getan haben. Wir brauchen und verlangen dafür keinen Dank, aber Verräter und Schufte lassen wir uns nicht nennen, am wenigsten von Leuten, die niemals in engem Zusammenhang mit der Arbeiterklasse gestanden haben. Wir wollen hier keinen Bannstrahl gegen irgend jemand werfen, aber notwendig ist eine Kundgebung der Generalversammlung, in der sie die bisherige Politik der Verbandsleitung und der Generalkommission für richtig erklärt. (Beifall.)

Dittmann (Hamburg): Die Ursache der Streike waren die großen Lebensmittelschwierigkeiten; aber selbst wenn es politische Streike gewesen wären, hätten die Arbeiter ein Recht dazu gehabt. Das Mißtrauen gegen die Angestellten ist da, nicht hervorgerufen durch Aufhetzung, sondern durch ihre eigne Haltung. Wenn ein Riß da ist, soll man ihn nicht verkleistern, sondern die schadhaft gewordenen Steine durch andre ersetzen. (Beifall bei der Opposition.)

Reichel (Stuttgart): Dißmann ist den Beweis dafür schuldig geblieben, daß die Gewerkschaften in ihrer Kriegspolitik ihre Grundsätze verlassen haben. Der Streit um politische Anschauungen gehört nicht in die Gewerkschaften. Wir halten fest an der gewerkschaftlichen Taktik, die sich seit Jahrzehnten glänzend bewährt hat. Was die Anträge der Opposition uns zumuten, ist ein Sprung ins Ungewisse und Dunkle.

Kahlow (Berlin): Die Berliner Arbeitsniederlegung ist wegen der Verkürzung der Brotration spontan aus der Masse entstanden und setzte auch sehr imposant ein. Auch die Organisation hat ihre volle Pflicht getan, die Schädigung wurde von außenstehenden Leuten hineingetragen, und damit ist es schließlich in Berlin so weit gekommen, daß selbst ein vorzüglicher und organisierter Betrieb wie die Deutschen Waffen- und Munitionswerke auf Jahrzehnte für uns **verloren** sind. (Große Bewegung.) Schuld daran tragen die verbandsfremden Elemente, die sich eingemischt haben, obwohl sie von gewerkschaftlichen Dingen keine Ahnung haben. So geht es in Berlin nicht weiter. Wenn die Arbeiterschaft weiter durch solche Dinge beunruhigt wird, wird es schwer sein, sie bei der Stange zu halten.

Kurth (München): Neue Verhältnisse erfordern neue Regeln. Wenn Marx, Engels und Lassalle die heutigen Verhältnisse sehen könnten, würden sie anders darüber urteilen als die Opposition. Die Opposition hat nicht bewiesen, daß der Vorstand seine Pflicht verletzt hat, sie hat überhaupt nur abgestandene Redensarten vorgetragen. Sie will in den Gewerkschaften für ihre demagogischen Gelüste sich die nötige materielle Grundlage schaffen. Aber die Aufgaben von Partei und Gewerkschaften sind verschiedener Art. Die Opposition will beides mit unsrer wirtschaftlichen Bewegung verquicken, und das ist unmöglich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170703-13/fragment/page=0002
DFG

Liebmann (Leipzig): Die Mißstimmung der Massen rührt daher, daß die Gewerkschaftsführer und die Gewerkschaften ihre Pflicht im Kriege nicht getan haben. (Beifall und Widerspruch.) Wir hätten auch im Kriege nicht darauf verzichten dürfen, aus eigner Kraft Forderungen durchzusetzen. Statt dessen hat man auf die Anwendung des Streikrechts verzichtet und schließlich gar der Einschränkung der Freizügigkeit zugestimmt. Das hatte zur Folge, daß die Löhne der Teurung nicht angepaßt werden konnten, und daraus resultierte eine allgemeine Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter. Das wäre vermieden worden, wenn wir von vornherein eine andre Taktik eingeschlagen hätten.

Tost (Berlin: Wenn der Vorstand für sich in Anspruch nimmt, zum Streik in der Partei Stellung zu nehmen, dann haben die Mitglieder dasselbe Recht. Dadurch wird keine politische Tendenz in die Gewerkschaften getragen und kein Sprengungsversuch gemacht. Angefangen hat damit die Generalkommission durch ihre Kundgebung gegen das „Gebot der Stunde" von Bernstein, Haase und Kautsky. Wenn unsre Führer unsre Interessen so rücksichtslos vertreten hätten wie die Agrarierführer die Interessen der Landwirtschaft, dann stände es besser um die Arbeiter.

Brandes (Magdeburg): Die Einigkeit ist uns so nötig wie das liebe Brot. Wir können auch nicht die kleinste Zwiespältigkeit brauchen. Wir können uns nicht den Luxus mehrerer Richtungen in der Gewerkschaftsbewegung gestatten. Wir brauchen unsre ganze Kraft zur Bekämpfung unsrer natürlichen Gegner. Das hat auch die Generalkommission nicht immer beachtet. Die Disziplin ist gewiß ein wichtiger Grundsatz, aber sie darf nicht zum Kadavergehorsam werden; man muß auch auf die Minderheit eine gewisse Rücksicht nehmen. — Was das Hilfsdienstgesetz anbetrifft, so kann man auch vom Standpunkt der Mehrheit aus zu dem Schlusse kommen, daß es nicht notwendig war; die Steigerung der Produktion hätte sich im notwendigen Maß auch auf andern Weg erreichen lassen. Tatsache ist aber anderseits, daß der Regierungsentwurf im Reichstag bedeutend verbessert worden ist. Leider fehlt noch die Beschneidung der Unternehmergewinne und die Ausdehnung der Leistungspflicht auf die Landwirtschaft. Die Stellung Schlicks im Kriegsamt ist gewiß nicht einfach, besonders nicht, nachdem schmutzige Berichte der Arbeiterschaft einzureden versucht hatten, Schlick habe die Stellung eines Unterstaatssekretärs. In Wahrheit hat er gar keinen entscheidenden Einfluß, während Herr Kurt Sorge von der Unternehmerseite eine sehr hohe Stellung bekleidet. Die Arbeitseinstellung entsprang der seelischen Depression infolge der langen Kriegsdauer, den Ernährungsschwierigkeiten und der rücksichtslose Klassenpolitik der herrschenden Gesellschaft; andernfalls hätte sie nicht den letzten Mann mit fortgerissen. Beide Teile müssen einen Pflock zurückstecken im Interesse der Einigkeit der Bewegung. (Beifall.)

Nachdem noch eine Reihe weiterer Redner gesprochen hatten, schritt man zur

Abstimmung.

Die Anträge der Opposition wurden mit 73 gegen 44 Stimmen abgelehnt und darauf mit 61 gegen gegen 53 Stimmen die folgende Resolution Kluth (München) und Genossen angenommen:

I.

Die Generalversammlung erblickt in den Anträgen der Opposition den Ausdruck des gesitteten Bestrebens, den Verband von seinen Aufgaben und ihrer Durchführung abzudrängen und ihn weitgesteckten politischen Zielen dienstbar zu machen. Diesen Zweck sollen die in Wort und Schrift ausgesprochenen Herabsetzungen der Gewerkschaften, ihrer Leitungen und Erfolge sowie die Verdächtigungen ihrer Leitungen und Vertrauensmänner fördern. Diese Agitation soll zunächst die in weiten Kreisen der Arbeiterschaft bestehende Mißstimmung über die lange Dauer des Krieges und ihre Folgen, und, unter letzteren besonders über die mangelhafte Regelung der Volksernährung, auf die Gewerkschaften und auf ihre Leitungen wegen ihrer angeblichen Tatenlosigkeit übertragen und sie für alle die Arbeiterschaft mehr oder weniger belästigenden Kriegsmaßnahmen verantwortlich machen. Außerdem den Arbeitern unter Hinweis auf die Stellung der russischen Arbeiterschaft zu der gegenwärtigen Revolution eine Kraftentfaltung, die sie nach den heutigen Machtverhältnissen gar nicht haben kann, vorgespiegelt wird, soll sie für große politische Massenbewegungen begeistert und zu demonstrativen Arbeitseinstellungen mit politischen Zielen veranlaßt werden. Enden solche Bewegungen, wie leicht vorauszusehen, mit einem Mißerfolg, dann wird dieser wieder ihren Leitungen zur Last gelegt.

Diese Agitation ist im höchsten Grade unaufrichtig. Sie verschweigt die Bemühungen der Gewerkschaften zur Erleichterung des auf der Arbeiterschaft lastenden Druckes, verschweigt die Macht der entgegenstehenden Kräfte und die wahren Ursachen, aus denen Erfolge den gewerkschaftlichen Bemühungen nicht oder nur mäßig beschieden sein können. Diese Agitation ist aber auch verantwortungslos, weil sie durch ihre Folgen den auf den Arbeitern lastenden Druck noch vergrößert, bei den uns feindlichen Staaten die Hoffnung auf baldigen völligen Zusammenbruch Deutschlands stärkt, deren Angriffswut steigert, die Zahl der Kriegsopfer vermehrt und den Krieg selbst verlängert.

Unter dieser Feststellung lehnt die Generalversammlung die obengenannten Anträge ab, erhebt Einspruche gegen das Bestreben, die Streitigkeiten der politischen Arbeiterbewegungen in die Gewerkschaften hineinzutragen und hält nach wie vor an der bisherigen Auffassung über den Zweck des gewerkschaftlichen Kampfes an sich und seiner Anwendung fest. Die Generalversammlung warnt die Verbandsmitglieder vor der gekennzeichneten Agitationsweise, vor den ihr zugemuteten Massenbewegungen für politische Zwecke sowie vor allem im Widerspruch mit der bisherigen Taktik und Verbandsbeschlüssen stehenden Arbeitsniederlegungen. Sie fordert die Verbandsmitglieder auf, sich solchen die Einigkeit und Geschlossenheit unserer Mitgliedschaft gefährdenden Treibereien zu widersetzen.

II.

Zur Führung des gewerkschaftlichen Kampfes bedarf die Arbeiterschaft einer gesicherten gesetzlichen Grundlage. Die Hemmnisse in der Ausübung des Koalitionsrechts durch § 153 der Gewerbeordnung und die Anwendung des Erpressungs- und Nötigungsparagraphen auf die gewerblichen Kampfmittel müssen durch Neuordnung des Koalitionsrechts beseitigt werden. Die Generalversammlung erwartet von den Vertretern der Arbeiterschaft im Reichstag eine entschiedene Vertretung der Arbeiterforderungen im Sinne der Ausgestaltung aller die Rechte der Arbeiterschaft berührenden Gesetze. In sozialpolitischer Hinsicht fordert sie den wirksamen Ausbau des Arbeiterschutzes, eine durchgreifende Umgestaltung der Arbeiterversicherung, die Schaffung eines klaren und einheitlichen Arbeiterrechts, die Regelung der Arbeitsnachweisfrage, Einführung der Reichsarbeitslosenversicherung und Förderung des gewerblichen Schlichtungswesens.

III.

Aus dieser Erkenntnis heraus betrachtet die Generalversammlung die vom Internationalen Gewerkschaftsbund aufgestellten Arbeiterforderungen für einen künftigen Frieden als geeignete Grundlage für seine baldige Herbeiführung.

Die weiteren Verhandlungen wurden darauf vertagt. —

* * *

Sozialistische Gesinnung — ein „sittlicher Mangel".

Ein ungeheuerlicher Fall politischer Justiz wird dem „Berliner Tageblatt" aus Juristenkreisen mitgeteilt. Der minderjährige Arbeiter L. hatte sich durch radikale Agitation unter der Elberfelder Arbeiterjugend hervorgetan und sich auch an Teurungsdemonstrationen beteiligt. Daraufhin leitete der Oberbürgermeister von Barmen und das dortige Vormundschaftsgericht das Fürsorge-Erziehungsverfahren gegen ihn ein. Das Landgericht lehnte die Verschickung des jungen L. in Fürsorgeerziehung ab, weil selbst überspannte oder gar gemeinschädliche politische Gesinnung und ihre Betätigung nichts als sittliche Mängel anzusehen seien; außerdem würde die Fürsorgeerziehung in diesem Falle ganz gewiß keinen Erfolg haben, sondern den davon Betroffenen nur um so verbitterter und gesellschaftsfeindlicher machen. Auf Beschwerde hat jetzt das Kammergericht diese vernünftige Entscheidung aufgehoben und zur Begründung erklärt, es sei Sache der verantwortlichen Stellen, dafür zu sorgen, daß auf den Minderjährigen im nationalen Sinne eingewirkt werde. Die Gefahr einer sittlichen Verwahrlosung sei ohne weiteres gegeben, wenn der Minderjährige dem Vaterland entfremdet oder gar feindlich gesinnt werde.

Diese Entscheidung des Kammergerichts, welche nationale Gesinnung durch Fürsorgeerziehung und Polizeizwang zu erzeugen glaubt, erinnert an die finstersten Zeiten der Polizeiwillkür. Nichts hindert das Kammergericht beim nächsten Mal zu entscheiden, daß die Jugendlichen monarchisch erzogen und ihrem König nicht entfremdet werden dürften. Und eine Weile später wird dann jeder Jugendliche in Zwangserziehung geschickt, der an den Klassenkampf glaubt und nicht von der Notwendigkeit des Zusammenarbeitens aller Gesellschaftsklassen überzeugt ist. Schließlich wird jeder in die Erziehungsanstalt verbannt, der selbst oder dessen Vater eine politische Ueberzeugung hat, die von der der Kammergerichtsräte abweicht.

Praktisch mag es nicht dazu kommen, weil das Urteil wahrscheinlich ein Ausfluß der Kriegspsychose ist, aber auch als solches bleibt es tief bedauerlich. —

* * *

Notizen.

24 200 Tonnen versenkt. Durch die Tätigkeit unsrer U-Boote wurden im Nördlichen Eismeer und in den Sperrgebieten um England wiederum 24 200 Brutto-Register-Tonnen versenkt.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich die bewaffneten englischen Dampfer „Marionetb" (3185 To.) mit Kohlen nach Rußland, „Perla" (5355 To.) mit einer großen Anzahl Automobilen und Kohlen nach Rußland, der bewaffnete russische Dampfer „Algol" (2223 To.) mit Kohlen und großen Maschinen nach Rußland und ein unbekannter tief beladener bewaffneter Dampfer; zwei weitere Dampfer wurden zusammen aus einem Geleitzug herausgeschossen. Zwei der versenkten Segler hatten Holz geladen. Ein Geschütz wurde erbeutet.

*

Der Reichstag. Berliner Blättern zufolge wird am heutigen Montag beim Reichskanzler eine Besprechung der Führer der Fraktionen stattfinden, die der Vorbereitung der Reichstagstagung dient. Die führenden Abgeordneten haben auch bereits in den letzten Tagen einzeln mit dem Staatssekretär im Reichsamt des Innern und Stellvertreter des Reichskanzlers, Dr. Helfferich, konferiert. Den Gegenstand dieser Besprechungen bildete ebenfalls die Erörterung der gesamten militärischen und politischen Lage zur Vorbereitung der kommenden Verhandlungen des Hauptausschusses und des Plenums des Reichstags. —

*

Schwere Zuchthausstrafen. In Düsseldorf wurde am 28. Juni, dem Vorabend von Peter und Paul, eine Anzahl von Lebensmittelläden durch Frauen und halbwüchsige Burschen geplündert. Die Beteiligung feindlicher Ausländer, Belgier und Russen, wurde einer Polizeimeldung zufolge dabei festgestellt. Eine größere Anzahl davon wurde verhaftet und sieht strenger Bestrafung entgegen. Das aus diesem Anlaß eingesetzte außerordentliche Kriegsgericht hat schon am 29. Juni 15 Urteile, darunter bis zu sechs Jahren Zuchthaus, ausgesprochen.

*

Die Stettiner Unruhen. Am Sonnabend wurde vor dem Gericht des Kriegszustandes in Stettin das Urteil gegen einen Teil der an den Plünderungen von Geschäftslokalen am 18. und 19. Juni beteiligten Personen gefällt. Die Vorgänge waren bekanntlich durch die in der Stadt verbreiteten Gerüchte hervorgerufen, daß Stettiner Kaufleute an Lebensmittelverkäufen nach dem feindlichen Ausland beteiligt seien. Von den Angeklagten waren 42 noch nicht 18 Jahre alt. Bei 19 Personen erfolgte Freisprechung, die übrigen wurden zu Gefängnisstrafen von 3 Wochen bis zu 2½ Jahren verurteilt. 53 der Verurteilten sollen zur bedingten Begnadigung vorgeschlagen werden. —

*

Krawalle in Schlesien. In dem Eisenwerk Huldschinsky in Gleiwitz, ebenso in Hindenburg haben erhebliche Krawalle stattgefunden. Als Grund wurden Ernährungsschwierigkeiten angegeben. An beiden Orten mußte Militär zur Unterstützung herangezogen werden, geschossen wurde nicht. Zurzeit herrscht Ruhe. Das Generalkommando hat alle Versammlungen verboten, die eine weitere Ruhestörung begünstigen könnten. — Die aus Stettin stammenden Gerüchte betreffend Lebensmittelversorgung nach dem Ausland sind gänzlich unbegründet. Zum Waffengebrauch seitens des Militärs ist es in Stettin nicht gekommen. —

*

Getreideschieber Katzenellenbogen. In dem Posener Getreideschiebungsprozeß gegen den Kaufmann Leopold Katzenellenbogen wurde der Angeklagte wegen übermäßiger Preissteigerung, unbefugter An- und Verkaufs- und Höchstpreisüberschreitung bei Gerste, Gemenge, Kleie und Oelfrüchten in zusammen 47 Fällen zu 1 Jahre 6 Monaten Gefängnis, außerdem zu 875020 Mark Geldstrafe verurteilt. —

Hindenburg und Ludendorff in Wien. In Erwiderung des Besuchs, welchen der Chef des österreichischen Generalstabs General von Arz nach Uebernahme seiner Stellung im deutschen Großen Hauptquartier abstattete, sind, so wird amtlich mitgeteilt, Generalfeldmarschall von Hindenburg und der Erste Generalquartiermeister General der Infanterie Ludendorff zu kurzem Aufenthalt beim österreichisch-ungarischen Armeeoberkommando eingetroffen, an den sich auch Besprechungen in Wien anschließen werden. —

*

Eine Kuriergeschichte. Ein nach Norwegen entsandter deutscher Kurier ist kürzlich in Christiania von den norwegischen Behörden verhaftet worden. Sein mit amtlichen Siegeln versehenes Gepäck wurde durchsucht und, da sich darin Sprengmittel befanden, mit Beschlag belegt. Im Hinblick auf die völkerrechtlich gewährleistete Immunität der diplomatischen Kuriere legte die deutsche Regierung, wie halbamtlich mitgeteilt wird, gegen die Festnahme des Kuriers Verwahrung bei der norwegischen Regierung ein und verlangte seine alsbaldige Freilassung. Dabei wurde die amtliche Erklärung abgegeben, daß eine Verwendung der Sprengmittel in Norwegen oder zum Nachteil norwegischer Interessen nicht beabsichtigt gewesen sei. Die norwegische Regierung hat den Kurier inzwischen freigelassen. Der norwegische Minister des Aeußern machte dem Storthing eine kurze Mitteilung in der Angelegenheit; auch hat der norwegische Gesandte in Berlin im Namen seiner Regierung gegen das Verhalten des Kuriers Verwahrung eingelegt. Die deutschen Behörden haben eine amtliche Untersuchung angeordnet. —

*

Abreise der russischen Delegierten nach Stockholm. Die Petersburger Telegraphen-Agentur verbreitet folgende Mitteilung des Arbeiter- und Soldatenrats: Heute (Sonntag) sind als Abgeordnete der Arbeiter- und Soldatenräte die Mitglieder des Vollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrats Goldenberg, Rosanow und Smirnow ins Ausland abgereist. Das nächste Ziel ist Stockholm, dann wird ein Teil der Abordnung nach England, Frankreich und Italien gehen. Die Abgeordneten sind ermächtigt, im Namen des Arbeiter- und Soldatenrats und des Vollzugsausschusses in Vorbesprechungen mit allen sozialistischen Parteien einzutreten. — Am 12. Juli werden die Delegierten des Arbeiter- und Soldatenrats zum erstenmale mit den Delegierten der deutschen, österreichisch-ungarischen und bulgarischen Sozialdemokraten in Friedensbesprechungen eintreten. —

*

Griechenland bricht auch mit Oesterreich-Ungarn. Der griechische Gesandte in Wien machte im Auftrag seiner Regierung nachstehende Mitteilung: „Nachdem nunmehr die Einigkeit zwischen den Griechenland bisher in zwei Lager trennenden Parteien hergestellt ist und griechische Truppen an der mazedonischen Front kämpfen, sieht sich die griechische Regierung genötigt, die diplomatischen Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn abzubrechen." —

* * *

Die russische Offensive.

W. T. B. Großes Hauptquartier, 2. Juli 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Nur in wenigen Abschnitten zwischen Meer und Somme steigerte sich der Artilleriekampf. Während Erkundungsvorstöße der Engländer östlich von Nieuport, bei Gavrelle und nordwestlich von St.-Quentin scheiterten, gelang es einigen unsrer Stoßtrupps, in der Yser-Niederung nördlich von Dixmuiden durch Ueberfall, dem Feinde erhebliche Verluste zuzufügen und eine größere Anzahl von Belgiern als Gefangene einzubringen.

Frühmorgens und von neuem am Nachmittag griffen die Engländer westlich von Lens an. Sie drangen in einigen Punkten in unsre Linie, sind jedoch durch oberschlesische Regimenter in Nahkämpfen, bei denen über 175 Gefangene und 17 Maschinengewehre von uns einbehalten wurden, überall wieder geworfen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nach starker Feuervorbereitung setzten die Franzosen am Chemin des Dames neue Angriffe gegen die von ihnen südlich des Gehöfts La Bovelle verlornen Gräben an. In Kämpfen, die am Osthang der Hochfläche besonders erbittert waren, sind sämtliche Anläufe des Feindes erbittert abgeschlagen worden.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Keine Ereignisse von Belang.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Der russische Angriff am 1. Juli zwischen der obern Strypa und dem Ostufer der Narajowka führte zu schweren Kämpfen.

Der Druck der Russen richtete sich vornehmlich gegen den Abschnitt von Konjuchy und die Höhenlinie östlich und südlich von Brzezany. Zweitägige stärkste Artillerievorbereitung hat unsre Stellungen zum Trichterfeld gemacht, gegen das die feindlichen Regimenter den ganzen Tag über anstürmten. Das Dorf Konjuchy ging verloren. In vorbereiteter Riegelstellung wurde der russische Massenstoß aufgefangen; neue Angriffe gegen sie zum Scheitern gebracht.

Beiderseits von Brzezany wurde besonders erbittert gekämpft. In immer neuen Wellen stürmten dort 16 russische Divisionen gegen unsre Linien, die nach wechselvollem Ringen von sächsischen, rheinischen und osmanischen Divisionen in tapferster Gegenwehr völlig behauptet oder im Gegenstoß zurückgewonnen wurden.

Die russischen Verluste übersteigen jedes bisher bekannte Maß; einzelne Verbände sind aufgerieben.

Längs des Stochod und am Dnjestr hielt die lebhafte Feuertätigkeit der Russen an. Nördlich der Bahn Kowel—Luzk brach ein Angriff des Gegners vor der Front einer österreichisch-ungarischen Division zusammen.

Bei den andern Armeen keine besondern Ereignisse.

Mazedonische Front:

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170703-13/fragment/page=0003

Aus der Provinz Sachsen.

Oschersleben, 2. Juli. (Die Ausbeutung der Schulkinder in der Landwirtschaft.) In der am Freitag abgehaltenen Stadtverordnetensitzung wurde die Beschäftigung von Schulkindern in der Landwirtschaft zur Sprache gebracht und die Ausnutzung dieser Kinder, die in Hadmersleben beschäftigt werden, die lange Arbeitszeit und die geringe Bezahlung einer herben Kritik unterzogen. Dem Bericht der „Bode-Zeitung" über die Stadtverordnetensitzung entnehmen wir die folgenden in der Angelegenheit gemachten Ausführungen:

Stadtv. Dr. Glaß fragt an, ob die städtischen Behörden einen Einfluß auf die Beschäftigung unsrer Schulkinder in der Landwirtschaft hätten. Der Redner beschwert sich darüber, daß die Kinder früh ½6 Uhr nach Hadmersleben aufbrechen und abends ½9 Uhr zurückkehren, sowohl durch die lange Arbeit in der Sonnenhitze wie durch Akkordarbeit überanstrengt werden, und dabei einen Lohn erhalten, der zum Lebensunterhalt nicht ausreicht. Bürgermeister Dr. Sürth erwidert, die Arbeiten geschähen im Namen des Kriegswirtschaftsamts. Das Provinzialschulkollegium habe als Vertrauensmann in dieser Angelegenheit für unsern Kreis den Realschuldirektor Friedrich bestimmt, und diesem gegenüber habe er bereits darauf hingewiesen, daß eine Beschäftigung in Akkord eine ungerechte Verteilung des Verdienstes mit sich bringe; die Kinder sollten so viel erhalten, wie sie auch hier in der Stadt erhalten würden. Direktor Friedrich sei nun bei der Schulbehörde und dem Kriegswirtschaftsamt vorstellig geworden. Verschiedene Stadtverordnete stimmen den Beschwerden zu. Stellv. Vorst. Dr. Karweil teilt mit, 4 Kinder hätten zusammen **80 Pfg.** Tagelohn erhalten; die Arbeitszeit müsse auf jeden Fall verkürzt werden. Stadtv. Dr. Glaß bemerkt, am Donnerstag hätten die Schüler gestreikt und daraufhin eine kleine Lohnerhöhung erhalten. Stadtv. Lüder äußert, wenn die Sache wirklich so liege, sei sie eine aufs schärfste zu verurteilende Ausbeutung. Stadtv. Thormeyer weist darauf hin, daß die in der Stadt mit Rübenverziehen beschäftigten Kinder eine zweistündige Mittagspause hätten und 1,30 Mark Tagelohn erhielten.

Die Ausnutzung der Schulkinder in diesem Falle ist unerhört und skandalös. Die Kinder sind vom Aufbruch zur Arbeit bis zur Heimkehr täglich über **16 Stunden** unterwegs, so daß sie noch nicht einmal 8 Stunden für den Schlaf haben, ganz zu schweigen von einigen Stunden der Erholung, die sie bei einer Arbeit im schlimmsten Sonnenbrand dringend nötig hätten. Dabei werden die Kinder obendrein im Akkord bei ungenügender Bezahlung beschäftigt. Der Name des „menschenfreundlichen" Besitzers, der in dieser gewissenlosen Weise Schulkinder ausbeutet und sie in ihrer Gesundheit aufs schwerste schädigt, ist leider im Bericht der „Bode-Zeitung" nicht angegeben, so daß wir vorläufig nicht in der Lage sind, ihn mitteilen zu können. Der Mann verdient es, an den Pranger gestellt zu werden. Sein Vorgehen ist um so verwerflicher, da für die Erzeugnisse der Landwirtschaft jetzt Preise erzielt werden, die den Landwirten außerordentlich hohe Gewinne einbringen. Eine ausreichende Bezahlung nicht nur der in der Landwirtschaft tätigen Schulkinder, sondern auch der Arbeiter und Arbeiterinnen wäre daher um so mehr zu erwarten. Von den Behörden ist im übrigen im allgemeinen zu verlangen, daß sie der Beschäftigung von Schulkindern in der Landwirtschaft viel größere Beachtung zuteil werden lassen, damit Vorkommnisse wie im vorliegenden Falle unmöglich werden. Daß von der „großen Zeit" mit ihrer Neuorientierung manche Kreise des Volkes gänzlich unberührt bleiben, beleuchtet die grenzenlose Ausbeutung der Schulkinder recht treffend. —

Osterwieck, 2. Juli. (Blitzschlag.) Im benachbarten Wasserleben traf ein zündender Schlag das Anwesen der Wwe. Steinbrecher. Das Stallgebäude brannte vollständig nieder. — Obwohl in den letzten Tagen mehrere Gewitter über unsrer Gegend zur Entladung kamen, war das Regenergebnis doch nur minimal. Das sind hinsichtlich des Wachstums der Feldfrüchte betrübliche Aussichten, zumal der Mangel an Nahrungsmitteln für die Bevölkerung immer fühlbarer wird. —

— (Ein gefährlicher Grasparzellen-Nachbar) ist der Arbeiter Krupatsch aus Berßel. Auf Grund eines vorausgegangenen Streites wegen zu Unrecht abgemähten Grünfutters seitens des K. überfiel dieser den Nachbarpächter Fr. K. aus Osterwieck und schlug den alten Mann zu wiederholten Malen mit einem eisernen Gegenstand auf den Kopf, bis der Mann blutüberströmt zusammenbrach. Möge die gebührende Strafe den rabiaten Menschen eines Bessern belehren. —

Seehausen, 2. Juli. (Eine vernünftige Maßnahme.) Die Stadt hat die Kirschennutzung an der Kunststraße nach Pollitz vom Kreise gepachtet; sie läßt die Kirschen pflücken und verkauft sie an die Einwohner zum Preise vom 25 Pfennig das Pfund. —

Stendal, 2. Juli. (Großer Einbruch.) In dem Webereiwarenhaus von Beinhoff und Haschen haben Einbrecher, die anscheinend von einer Großstadt aus einen Beutezug nach hier unternahmen, einen großen Diebstahl verübt. Den Dieben fielen Stoffe, wie Voiles, Satin, Herren- und Mäntelstoffe, Hemden, Unterröcke, Nachthemden in die Hände, sogar Babywäsche hießen sie mitgehen. Die Diebe müssen Fachleute gewesen sein, da sie nur das Beste nahmen. Etwa für **10000 Mark Waren** sind gestohlen worden. —

Kleine Chronik.

Eisenbahnunglück in Sachsen.

Aus Dresden wird amtlich gemeldet: Am 29. v. M., vormittags kurz nach 6 Uhr, ist infolge Versagens der Luftdruckbremse der von Erdmannsdorf kommende Personenzug Nr. 1341 auf Bahnhof Flöha nicht rechtzeitig zum Halten gekommen und infolgedessen einem einfahrenden Güterzug in die Seite gefahren. Zehn Wagen des Güterzugs wurden zum Entgleisen gebracht und teilweise umgestürzt. Von dem Personenzug ist nur die Lokomotive stark beschädigt. Glücklicherweise wurden von den Reisenden nur vier Personen verletzt, und zwar in leichter Weise. Das Eisenbahnpersonal ist unverletzt geblieben. Der Materialschaden ist bedeutend. —

Für 80 000 Mark gestohlene Lederwaren entdeckt.

Einen wertvollen Fund hat die Kriminalpolizei bei einem Hehler in der Alten Schützenstraße in Berlin gemacht. Ein Kutscher Karl Dummert war seit längerer Zeit bei einem großen Geschäft angestellt und hat es dort nach und nach zu einem Vertrauensposten gebracht. Vor einigen Tagen wurde er mit einer wertvollen Lederladung ausgeschickt, kam aber bald aufgeregt nach dem Geschäft zurück und meldete, daß ihm das Fuhrwerk mit der Ladung gestohlen worden sei. In längerem Verhör verwickelte sich Dummert aber in Widersprüche und gestand schließlich, daß er mit einem Kutscher Johannes Lipinski die wertvolle Ladung selbst auf die Seite gebracht habe. Beide hatten das Leder zu einem berüchtigten Hehler in der Alten Schützenstraße, und dann das leere Fuhrwerk nach dem Friedrichshain gebracht. Lipinski wurde in einem Quartier in der Keibelstraße festgenommen. Als man den Hehler verhaften wollte, war er bereits verschwunden. Man fand aber in seiner Behausung noch die ganze Lederladung und außerdem große Kisten voll Lederwaren, deren Eigentümer noch nicht bekannt sind. Die gefundenen Vorräte haben einen Wert von 80 000 Mark. —

Eine Stadt durch Feuer zerstört.

Wie aus Königsberg gemeldet wird, wurde die russisch-polnische Stadt Bodzentyn bei Kielce durch Feuersbrunst größtenteils zerstört. Ueber 200 Wohnhäuser, beide Kirchen und die Synagoge sind niedergebrannt, Hunderte von Familien wurden obdachlos. Der Schaden wird auf über zwei Millionen geschätzt. —

Der Erfinder der Zahnradbahn.

Nüchtern, verständig praktisch, ein richtiger Alemanne war der Mann, der vor hundert Jahren, am 21. Mai 1817, im Elsaß geboren wurde und die Welt mit einer Erfindung beschenkte, die den Zeitgenossen so wenig verständig und praktisch erschien, daß man ihn, Nikolaus Riggenbach, für verrückt hielt. Diese Erfindung war die Zahnradbahn. Auf Umwegen war der in der Schweiz seine Jugend verlebende, für einen gelehrten Beruf bestimmte Jüngling zu dem Fache, das ihm vor allem zusagte, zum Maschinenbau, gekommen. Er war Bandstuhlschreiner und Bandweber, dann Präzisionsmechaniker, und wohin ihn auch das Schicksal verschlug, überall suchte er unermüdlich sich theoretisch und praktisch fortzubilden. Als er in Paris den ersten Eisenbahnzug sah, machte das einen solchen Eindruck auf ihn, daß er sich ausschließlich dem Lokomotivenbau zu widmen beschloß. Es gelang ihm, in einer Karlsruher Fabrik, die sich damit befaßte, anzukommen, und er hat für die erste in Deutschland arbeitende Lokomotive die Präzisionsarbeiten gemacht. Er ging schließlich nach der Schweiz, und hier zeigte er sich als ein so außerordentlich tüchtiger Fachmann mit einem so glänzenden Geschick im Bau und in der Behandlung von Maschinen, daß er, trotz des Widerstandes unpraktischer Verwaltungsbeamten, technischer Leiter der Schweizer Zentralbahn wurde. In Olten, wo er die Hauptwerkstätte leitete, machte er die Erfahrung, daß die Lokomotiven der Bahn durch den Hauensteintunnel bei starken Steigungen ins Gleiten kamen. Nach langem Sinnen kam er auf den Gedanken, Abhilfe durch eine Zahnstange zu schaffen, die in ein Zahnrad greift. Aber davon wollte man in der Schweiz ebensowenig wissen, wie auf der Ingenieur-Versammlung in Stuttgart, wo man sich alles Ernstes bedenklich zuflüsterte, mit Riggenbachs Kopfe sei es nicht mehr richtig. Aber der eidgenössische Generalkonsul in Washington, der das Modell zu Gesicht bekam, sah seine Verwendbarkeit ein und schlug ihm vor, eine Zahnradbahn auf den Rigi zu bauen. Nach Jahren kam es auch dazu; am 21. Mai 1871 wurde sie eröffnet, und seitdem hat Riggenbach noch unzählige, so auf den Corcovado bei Rio de Janeiro, gebaut. 1899 ist der Erfinder der Zahnradbahn gestorben. —

Er weiß sich zu helfen.

Ein Landsturmmann begegnete mir. In jeder Hand trug er einen großen Krug mit Wasser. In der vorgeschriebenen Entfernung von sechs Metern trat er auf die Seite, setzte die Krüge nieder und machte Front. Auf meinen Hinweis, daß ein Frontmachen in diesem Falle falsch wäre, erwiderte der biedere, alte Herr, natürlich ein Sachse, treuherzig: „Herr Hauptmann, ich wollte sowieso ein bischen ausruhn!" (Jugend.)

Amtliche Bekanntmachungen.

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingerichtet haben, werden hierdurch aufgefordert, Dienstag den 3., Mittwoch den 4. und Donnerstag den 5. Juli 1917 bei den von ihnen gewählten Großhändlern die in dieser Woche zum Verkauf gelangenden **losen Suppen** abzuholen.

Bekanntmachung über Reglung des Verkaufs erfolgt später.

Halle, den 2. Juli 1917. **Der Magistrat.**

Zu Abänderung der Bekanntmachung vom 30. Juni d. J. betreffend die Versorgungsreglung in der Woche vom 2. bis 8. Juli wird hiermit angeordnet, daß der Verkauf des Mehles in die Rubrik G/17 des Lebensmittelscheins mit unverwischbarer Schrift durch Angabe des Tages des Verkaufs und der verkauften Menge eingetragen wird. Zugleich wird bestimmt, daß die **Abschnitte 13 der Kartoffelkarte**, auf welche in den Bäcker- und Mehlläden 140 Gramm Mehl zum Verkauf gelangen, **nicht dem Stadt-Ernährungsamt**, sondern dem **Kriegsbrotausschuß-Bureau, Dreyhauptstr. 6**, einzureichen sind.

Halle, den 2. Juli 1917. **Der Magistrat.**

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, die Teigwaren **(Nudeln)** bei dem Fabrikanten Keil, Bernhardystraße 20, abzuholen.

Die Abgabe erfolgt an die Kleinhändler mit dem Buchstaben
A bis F am Dienstag den 3. Juli,
G bis K am Mittwoch den 4. Juli,
L bis R am Donnerstag den 5. Juli und
S bis Z am Freitag den 6. Juli 1917.

Die Kleinhändler sind verpflichtet, in der Teigwarenverteilungsstelle, Teigwarenfabrikant Keil, Bernhardystraße 20, bei der jedesmaligen Abgabe den Bestand an Waren und die Anzahl der von ihnen mit Teigwaren zu versorgenden Personen anzugeben.

Halle, den 2. Juli 1917. **Der Magistrat.**

Sommer- und Lederschuhwaren
in allen Preislagen und Ausführungen vorteilhaft
im Kaufhaus H. Elkan, Leipziger Straße 87

Stadtbad
Schimmelstraße Nr. 1 bis 4.
Die römisch-irischen Bäder
sind von heute ab wieder geöffnet
und sind die Badezeiten folgende:
Für Damen Montag und Donnerstag nachmittags von 1 bis 6 Uhr, Dienstag und Freitag vormittags von 7 bis 1 Uhr, Mittwoch und Sonnabend von 1 bis 4 Uhr nachmittags.
Für Herren Sonntag früh 7 bis 1 Uhr mittags, Montag und Donnerstag früh 7 bis 1 Uhr mittags, Dienstag von mittags 1 bis abends 8 Uhr, Freitag von mittags 1 bis abends 9 Uhr, Mittwoch und Sonnabend vormittags 7 bis mittags 1 Uhr und nachmittags 4 bis 8 Uhr, Sonnabend bis abends 9 Uhr.
Halle, den 2. Juli 1917. **Der Magistrat.**

Städtisches Solbad Wittekind
Mittwoch den 4. Juli 1917
Anläßlich der 71. Wiederkehr des Brunnenfestes
Früh 6½ Uhr:
Morgen-Musik
vom Stadttheater-Orchester.
Leitung Kapellmeister Karl Röhren.
Eintritt 25 Pf. Inhaber von Dauerkarten haben freien Eintritt.
Abends 7½ Uhr:
Fest-Doppelkonzert
vom Stadttheater-Orchester, Leitung Kapellm. Karl Röhren und von der Kapelle des 13. Landst.-Inf.-Ersatzbataill. (IV/31). Leitung Kapellmeister R. Höning. 3644
Eintritt 50 ₰ für Erwachsene, Vortragsfolge 10 ₰
Für Inhaber von Dauerkarten die Vortragsfolge 20 ₰ obligatorisch.

Anweisung zur Herstellung u. Gebrauch einer Kochkiste
sind bei der
Installations-Gesellschaft G. m. b. H., Salzgrafenstraße 1
sowie bei der 3636
Orts-Kohlenstelle, Markt, „Goldener Ring"
zum Preise von **5 Pfennig** pro Stück käuflich zu haben.
Die Verwaltung der Gas- u. Wasserwerke.

U.T Alte Promenade 11a
Fernsprecher 5738
Die
10. Isonzoschlacht
Militärisch-authentischer Film in mehreren Abteilungen.
Trommelfeuer.
Gegenangriff durch das Sperrfeuer der Italiener.
Kaiser Karl bei seinen Truppen während der Schlacht.
Aufgenommen von 14 Operateuren in den vordersten Stellungen.
Dazu das große Beiprogramm.
— Auch für Jugendliche genehmigt! —

U.T Leipziger Strasse 88
— Fernsprecher 1224. —
Der nächtliche Besucher.
Drama in 3 Akten.
Der Lausbub.
3 Akte goldigen, gesunden Humors. 90
Tuberkulösen-Fürsorge.
Herausgegeben vom Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose.

Walter Maus, Dentist
Zahnbehandlung kranker Zähne
Gr. Steinstraße 18, I., gegenüber Hotel Stadt Hamburg
— Fernsprecher 2684 —
Sprechstunde von ½9—1 Uhr und ½3—½7 Uhr Sonntags nur vormittags

Leichte
Sommer-Kleidung
für Herren, Jünglinge und Knaben.
Friedensware. Noch günstige Preise.
G. Assmann
Gr. Ulrichstr. 49, Hoflieferant, Gr. Ulrichstr. 49.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170703-13/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 28. Halle, Dienstag den 3. Juli 1917. 1. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 3. Juli 1917.

Kommunalverbände und Reichsgetreideordnung.

Die Kommunalverbände bekommen wesentlich erweiterte Machtbefugnisse.

Mit unserm Organisationsaufbau zur Lebensmittelversorgung ist es gemeinhin ein großes Kreuz. Erst überließ man fast alles dem Willen der einzelnen Gemeinden, Armeekorpsbezirke oder auch Vaterländer. Und als das zu einem Partikularismus in den grotesksten Formen führte, mit Preisüberbietungen, Ausfuhrverboten, Abschließungen usw., da schlug man oben in das entgegengesetzte Extrem, um schleunigst alles soweit es nur irgend ging zu zentralisieren. Das schuf aber nur neue Schwierigkeiten, denn nun waren alle Eigenheiten der einzelnen Landesteile mit ihren Verschiedenheiten in bezug auf Einwohnerzahl, Lebensverhältnisse, eigene Erzeugung usw. unter einer allgemeinen Schablone allzusehr vermischt worden, zumal sich auch bald noch herausstellte, daß der Organisationsapparat gar nicht schnell genug einen Ausgleich zwischen den einzelnen Landesteilen schaffen konnte.

Nun endlich scheint man wenigstens in bezug auf die Brotversorgung die richtige Mitte gefunden zu haben, so wenig davon auch noch beispielsweise in der Obst- und Gemüseversorgung zu spüren ist.

Die neue Reichsgetreideordnung, die übrigens nicht nur das Brotgetreide, sondern auch Gerste, Hafer, Hülsenfrüchte, Buchweizen und Hirse betrifft, kennt wieder nur wie bisher eine einzige Zentralinstanz, die Reichsgetreidestelle. Von ihr aus erweitert sich dann aber die Basis zu den Kommunalverbänden und den Gemeinden, bis sie am Ende bei den einzelnen Produzenten mit ihren Wirtschaftskarten über die Größe ihrer bebauten Felder, die Menge der geernteten Früchte usw. ausläuft. Dabei ist freilich die Selbstwirtschaft der Kommunalverbände auf diejenigen Kommunalverbände beschränkt worden, die nach den Erfahrungen der Erntejahre 1915 und 1916 voraussichtlich zur Versorgung ihrer Bevölkerung bis zum 15. Mai 1918, also 9 Monate, ausreichen. Ferner wird die Lieferung beschlagnahmter Früchte durch den Kommunalverband an die Reichsgetreidestelle als Eigenhändler (Selbstlieferung) nur den selbstwirtschaftenden Kommunalverbänden und diesen auch nur dann gestattet, wenn sie bestimmte Bedingungen erfüllen, insbesondere eine kaufmännisch eingerichtete Geschäftsstelle unterhalten, für den Einkauf mindestens zwei Kommissionäre bestellen, die gegenseitig in Wettbewerb treten und die Kommissionsgebühren restlos überwiesen erhalten, ferner der Reichsgetreidestelle wöchentlich eine genaue Nachweisung der eingekauften Mengen einsenden.

Um nun die Kommunalverbände in den Stand zu setzen, den ihnen obliegenden Pflichten zu genügen und für die Aberntung, den Ausdrusch und die Ablieferung der Früchte Sorge zu tragen, sind ihnen gegenüber dem bisherigen Rechte wesentlich erweiterte Machtbefugnisse eingeräumt worden, entsprechend den schon für den Frühdrusch vorgesehenen Maßnahmen; namentlich können sie erforderlichenfalls zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen alle in ihrem Bezirke vorhandenen landwirtschaftlichen Geräte und Betriebsmittel jeder Art, also auch, soweit dem nicht die besondern Anordnungen des Kohlenkommissars entgegenstehen, Kohlen in Anspruch nehmen. Die Pflicht des Kommunalverbandes, für die Ablieferung der in seinem Bezirk angebauten Früchte zu sorgen, ist einer Haftung für die Ablieferung in der Art verdichtet worden, daß der Kommunalverband eine Kürzung für seine versorgungsberechtigte Bevölkerung und seine Selbstversorger festgesetzten Verbrauchsmengen an Brotgetreide, Mehl und Nährmitteln zu gewärtigen hat, wenn es etwa schuldhaft unterlassen sollte, seinen Lieferpflichten rechtzeitig zu genügen. Die Feststellung der Lieferpflichten soll auf Grund der im Sommer stattfindenden Ernteschätzung und der später vorzunehmenden Nachschätzungen erfolgen. Dabei sind die festgesetzten Mengen innerhalb der bestimmten Fristen, die darüber hinaus verfügbaren, also die sonst schon ausgedroschenen oder durch die Festsetzung nicht erfaßten Mengen, jeweils sofort, nachdem sie lieferbar geworden sind, der Reichsgetreidestelle zur Verfügung zu stellen. Dieser Haftung des Kommunalverbandes mit ihren Folgen entspricht eine Haftung der Gemeinden gegenüber dem Kommunalverbande und eine Haftung der einzelnen Erzeuger gegenüber der Gemeinde oder, wo die Umlage durch den Kommunalverband unmittelbar auf die Erzeuger vorgenommen wird, der letzteren gegenüber dem Kommunalverbande. Die Folgen der Haftung sollen insoweit nicht eintreten, als die Unterlassung rechtzeitiger und vollständiger Ablieferung auf einen Umstand zurückzuführen ist, den ein ablieferungspflichtiger Betriebsunternehmer nicht zu vertreten hat, insbesondere also, soweit der Ausdrusch infolge Kohlenmangels nicht möglich war oder Vorräte nachweislich ohne sein Verschulden zugrunde gegangen sind.

Die Grundlage für die Ueberwachung der Erfassung werden die Wirtschaftskarten bilden, die für jeden landwirtschaftlichen Betrieb bei dem Kommunalverbande, wahlweise auch bei der Gemeinde, zu führen sind.

Den Kommunalverbänden und Gemeinden wird durch die Neureglung eine erhebliche Mehrarbeit auferlegt. Zu ihrer Erfüllung sollen in möglichst großem Umfang die Lehrkräfte sowie Hilfsdienstpflichtige herangezogen werden; die Verbände sollen ferner zur Erfüllung der erweiterten Aufgaben durch Gewährung von Zuschüssen aus den Mitteln der Reichsgetreidestelle instand gesetzt werden. Hierbei ist in Aussicht genommen, die Zuschüsse nicht nur nach der erfaßten Menge, sondern auch nach der Zahl der geführten Wirtschaftskarten zu bemessen.

Hoffentlich dehnen sich diese Prinzipien in mindestens ebenso großem Maße wie auf die Produktion auch auf die Verteilung aus, und werden sie vor allem Gemeingut auch gegenüber allen andern Lebensmittelzweigen. Denn nur eine gesunde Verteilung zwischen Zentralisation und Dezentralisation wird Gutes schaffen. —

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Auslandseier. Mittwoch von 8 bis 12 Uhr Nr. 38501—45500, nachmittags 2 bis 6 Uhr Nr. 45501—52500 der neuen Lebensmittelscheine, jede Person 2 Stück à 32 und 35 Pfg.

Sirup. Von Mittwoch ab auf Marke Nr. 62 des Warenbezugsscheins 7 jede Person ¼ Pfund. Das Pfund 40 Pfg. —

Preisbildung im Kriege.

Zwei für die Oeffentlichkeit interessante Sachen beschäftigten jetzt die Hallischen Gerichte.

Der Kaufmann Walter K. hatte ein Schokoladenmehl hergestellt, das er zu dem hohen Preise von 6,50 Mark für das Pfund verkaufte. Einem Käufer erschien dieser Preis zu hoch, und er ließ das Mehl durch das Nahrungsmittelamt untersuchen. Dort wurde nun festgestellt, daß nur 20 Prozent Kakao und 80 Prozent Zucker darin enthalten waren, und die Ware als zu teuer beanstandet. So mußte sich der Kaufmann wegen Forderung wucherischer Preise verantworten. Er behauptete, nur den damals üblichen Preis genommen, gab jedoch auch an, noch Friedensware an Kakao vorrätig gehabt zu haben, wovon das Pfund 2,80 Mark gekostet hätte. Der Sachverständige wies nach, daß nach dem verlangten Preise das Pfund Kakao für 30 Mark verkauft worden sei, da ja in einem Pfund Schokoladenmehl nur 100 Gramm Kakao enthalten gewesen wären, und das sei ein außerordentlich hoher Preis. Was im übrigen die Frage betreffe, wieviel Prozent Kakao in Schokoladenpulver enthalten sein müßte, so erörterten hierüber keine gesetzlichen Vorschriften. Die Fabrikanten hätten lediglich eine Vereinbarung getroffen, nach der nicht mehr als 70 Prozent Zucker in dem Pulver enthalten sein dürften. 30 Prozent Kakao sei also der Mindestsatz in einem normalen Kakaopulver.

Das Gericht nahm nach alledem nicht an, daß auch ein Vergehen gegen das Nahrungsmittelgesetz vorliege, verurteilte vielmehr den Angeklagten wegen wucherischer Preisforderung, und zwar zu 50 Mark Geldstrafe.

Der Großkaufmann Franz K. hatte Ende 1915 Maispulver gekauft, den Zentner erst zu 57 Mark, einige Zeit später zu 58 Mark. Anfang 1916 verkaufte er einen großen Teil des Maispulvers durch einen Agenten wieder an dieselbe Firma zurück, von der er das Mehl gekauft hatte, forderte aber dafür 69 Mark. In dieser Preisforderung wurde eine wucherische Preissteigerung erblickt, weshalb er sich vor Gericht verantworten mußte. Hier machte er nun eine Rechnung über seine Unkosten auf, die recht lehrreich war. Er berechnete 5 Prozent Geschäftsunkosten, 3 Prozent Risikoprämie, 5 Prozent Gewinn, außerdem waren noch eine Reihe Posten, wie Agentengebühr usw., angeführt, so daß seiner Rechnung nach kein übermäßiger Gewinn erzielt worden sei. Andrer Anschauung waren zwei Sachverständige, die zwar in ihren Gutachten voneinander abwichen, jedoch erklärten, daß der Angeklagte nach dem einen 750 Mark, nach dem andern etwa 650 Mark zuviel verdient habe. Einer der Sachverständigen, der von der Handelskammer erschienen war, trat allerdings auch dafür ein, daß man dem Geschäftsmann eine Risikoprämie, wenn auch in geringerer Höhe, bewilligen müsse; die Geschäftsunkosten selbst könne man durchschnittlich auf 5 Prozent festsetzen.

Der Verteidiger brachte zur Sprache, daß die Firma durch Beschlagnahme in zwei Fällen das eine Mal 65 000 Mark und das andre Mal 25 000 Mark eingebüßt habe. (Der Fall beschäftigte bereits die Presse.) Da könne man es dem Angeklagten nicht übelnehmen, wenn er Risikoprämien einsetze.

Der Staatsanwalt beantragte 3000 Mark Geldstrafe. Das Gericht erkannte auf das Doppelte des unrechtmäßigen Gewinnes und warf eine Geldstrafe von 1500 Mark aus. —

Stellenvermittlung für Kriegsbeschädigte.

Amtlich wird mitgeteilt:

Eine wesentliche Förderung soll die Stellenvermittlung für Kriegsbeschädigte durch die beschleunigte Herstellung und Lieferung der vom Preußischen Kriegsministerium herausgegebenen „Anstellungs-Nachrichten" erfahren. Die Zeitschrift wird vom 1. Juli 1917 an täglich erscheinen und wie jede andre Tageszeitung bereits die am vorhergegangenen Tage eingegangenen Stellenangebote bringen. Wie bekannt, werden Stellenangebote jeder Art für Kriegsbeschädigte kostenfrei aufgenommen, wenn sie zu diesem Zwecke der Fürsorge-Abteilung des Kriegsministeriums Berlin W 9, Bellevuestraße 12a, zugehen. Sie finden auf diese Weise die weiteste Verbreitung, da die Zeitschrift sämtlichen Truppenteilen, Bezirkskommandos, Lazaretten und Fürsorge-

---

Rotes Flamenblut.

Roman von Pierre Broodcoorens.

Einzige autorisierte Uebersetzung von Johannes Schlaf.

(7. Fortsetzung.) Nachdruck verboten

Es schien Hilla nicht bewußt, daß alle Manneszärtlichkeit in diesen Worten bebte. Das schmerzte ihn aufs tiefste. Warum war sie so kalt und verschlossen, während er von Liebe und Hingabe überströmte? Sein ganzes Leben bot er ihr dar. Er konnte den Zweifel an seiner Aufrichtigkeit, den er ihr anmerkte, nicht begreifen. War es möglich, daß diese sich nicht in seinen Augen und auf seinen Lippen offenbarte, so wie sie ihm im innersten Herzen glühte.

Aber nun kamen sie auf die gepflasterte Straße.

Einen Armbrustschuß entfernt dunstete der Marktplatz von La Houppe, stark beleuchtet, und spie goldene Lichter in das krause Spitzenwerk der tintenschwarzen Baumkronen. Der Schicklichkeit wegen ließ Hilla den Arm ihres Begleiters los. Und sie beschleunigten ihre Schritte und gesellten sich zu den andern, die ihnen an fünfzig Meter voraus waren.

Ein reges Leben erfüllte die einzige Straße des Städtchens.

Scharenweise war man von Flobecq, von Everbecq, von Nederbrakel, von allen benachbarten Ortschaften herbeigekommen. Schon verdummte eine Trunkenheit, die durch unaufhörliches Zechen ständig zunahm, die Gesichter. Am Nachmittag hatte ein „Ommegang" (Ringelstechen) den berasten Platz um die Kirche erdröhnen gemacht unter dem schwerfälligen Stampfen von hundert Hengsten und Stuten mit falber Mähne. Diese lärmende Verlustierung hatte mit hereinbrechendem Abend ihr Ende gefunden. Und jetzt kehrten, in Gruppen zu dreien und vieren, auf die breiten Kruppen ihrer riesigen Gäule aufprallend, die Knechte zu den fetten Pachtgütern zurück, die sie für diese Stunden der Freude verlassen hatten. Die Hufeisen klapperten auf dem holprigen Pflaster. Einige der Kavaliere waren zurückgeblieben, um am Schanktisch der Wirtshäuser noch eins zu trinken, während ihre Tiere, mit den Zügeln an den in die Hauswand eingelassenen Eisenring angebunden, schnaubten, stampften und manchmal mit einem langen Gewieher auf die grellen Laute antwortete, die fern, von den Ulmen der Chaussee her, zu ihnen herübertrompeteten.

Vom roten Hause des Gerichtsverwalters an bis über die Brauerei Mulkenzer hinaus, auf der Straße, die nach Flobecq führt, hoben sich Girlanden von Lampions mit vielfarbigen Gewinden von den Giebeln ab. Mit grellem Indigoblau betünchte Lappen klatschten im Winde um die Spitzen der Maste. Die Menge schwoll an, trieb ihre Späße. Sie wälzte sich fort wie ein von Gewitterstürzen über die Ufer geschwellter schwarzer Bach. Die Bühnen der Gaukler, der bewimpelte Kiosk der städtischen Musikbande schienen auf ihm dahinzuschiffen wie Flöße. Und dort verrenkten sich Gestalten, hoben mit übertriebener Gebärde unzerbrechliche Kämme in die Höhe, Uhrketten, die dauerhafter waren als die von Gold, Portemonnaies aus arabischem Leder. Mit weit offenem schwarzem Maule riß sich ein Händler mit flüssigem Leim schier in Stücke, indem seine wie in Raserei über die gaffenden Mengen ausgestreckten Arme sich zu vervielfältigen schienen. Eine Azetylenlampe strömte neben ihm ihr blendend weißes Licht aus, sein grotesk vergrößertes, eckiges Schattenbild bewegte sich mit den drolligen Verrenkungen einer Gliederpuppe um den Kirchturm. Weiter ab zischten auf den Wärmepfannen eines Garkochs schwarze und weiße Würste in ihrer Brühe. Mit dem Gestank des Bratenfettes gemischt, breitete sich ihr Dunst über das Menschenmeer hin aus, übertäubte den Duft des angenehm riechenden Erdbodens, den muffigen Geruch der überreifen Früchte und der schwitzenden Bauern.

Auf den Terrassen, die ohne Beleuchtung geblieben waren, bogen sich die Tische unter den Batterien von Gläsern. Es wurden Gassenhauer gegrölt; dazwischen vor, worrenes Geschrei. Diesen Heidenlärm durchschnitt in kurzen Pausen der heftige Knall des Schlagbolzens, der, durch einen starken Hammerschlag in die Höhe getrieben, am Ende eines Pfahles eine Pulverwolke entzündete.

Der Strom trug Flohil und seine Gefährten zu dem Karussell.

Bei dem steifen Trott einer ausgehungerten Rosinante drehte es sich neben der Kirche in einem Geglitzer von keinen Glasstückchen und Flittergoldschnüren im Kreise. Flohil schlug eine Tour vor. Alles stürzte darauf zu.

Der Riese baumelte mit den Beinen, als er sich rittlings auf ein schokoladenfarbenes Kaninchen geschwungen hatte; Hilla, die leicht schwindlig wurde, war an der Seite ihrer Schwester in ein Kutschchen aus bemaltem Bleche geklettert. Das Drehen begann. Gekreisch wurde laut, das Heiterkeit erregte. Und als der Grenadier hinter Flohil ein gelbes Schwein bestiegen hatte, flogen die mit zweideutigen Anspielungen gespickten Späße hinüber und herüber.

Als sie genug hatten, stiegen sie ab.

Die Weiber in die eisernen Kähne der Schaukel zu verstauen, daran war nicht zu denken; ihnen wäre schlecht geworden. Flohil hatte also eine andre Idee. Er zog sie zum „Hopplala" hin.

Das war eine ärmliche Glücksklotterie, die wenig Zulauf hatte. Auf einem niedrigen, schmalen Brettergerüst, welches den Hintergrund der Bude einnahm, standen die Gewinne aufgereiht auf verschiedenartigen Gestellen. Messingene Weckuhren wechselten mit zerbrechlichen Gipsstatuetten, blauen und roten Vasen und Küchengeräten. Eine Taschenuhr aus Nickel thronte auf ihrem Gestell inmitten von allerlei Schundwaren: Löffeln, Serviettenringen und Milchtöpfen. Hier und da aber tauchten aus der Masse Hampelmänner auf, die unaufhörlich ihre dicken, ziegelroten Kopf bewegten und in die elende Auslage etwas unheimlich Possenhaftes brachten.

Das Jahrmarktsweib, eine Megäre mit einem aufwärts gebogenen Kinn, auf dem ein Büschel Haare saß, schleppte sich übellaunig von einem Ende der Bude zum andern.

Schielend erklärte sie ihnen das Spiel. Man bekam für fünf Sous drei Holzreifen. Wollte man gewinnen, so mußte man den Reif genau über das Gestell des gewünschten Gegenstandes werfen.

Flohil ließ Hektor und den Grenadier versuchen. Sie trafen nicht und wollten kein Geld mehr drauwenden. Dann versuchte er es selbst. Er verlor, versteifte sich drauf und gewann endlich, nachdem er in den gekrümmten Fingern der Zigeunerin ein Silberstück gelassen hatte, ein wertloses Töpfchen.

Er bot die Kleinigkeit Hilla an. Und als sie zögerte, steckte er es ihr entschlossen in den Arm.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170703-13/fragment/page=0005

stellen im Deutschen Reich zur Weitergabe an die Kriegsbeschädigten zugestellt wird. Sie enthält auch Stellengesuche von Kriegsbeschädigten, die gleichfalls kostenfrei aufgenommen werden. Durch die Post können die Anstellungs-Nachrichten von jedermann für 2 Mark vierteljährlich bezogen werden. —

Milch-Zwangsablieferung.

Die Provinzialfettstelle war am 30. Juni in Magdeburg zu einer Sitzung zusammengetreten, um über Maßnahmen zu beraten, die eine bessere Versorgung der Bevölkerung der Provinz gewährleistet.

Der Oberpräsident von Hegel teilte mit, daß die Anforderungen für die Aufbringung der Fettmengen durch die Reichsfettstelle größer geworden sind, es sei notwendig, Maßnahmen zu treffen, um die Landwirtschaft bei der Milch- und Butterlieferung stärker heranzuziehen. Von den Kreisen in der Provinz Sachsen kann gesagt werden, daß sie die von ihnen geforderten Aufgaben bisher erfüllt haben. In einigen Kreisen ist allerdings eine Wenigerlieferung, dafür in andern aber eine erfreuliche Mehrlieferung erfolgt. Nur die Kreise Merseburg und Querfurt machten eine Ausnahme, sie sind erheblich unter den Mengen geblieben.

Der Leiter der Provinzialfettstelle, Landrat von Grävenitz, wies darauf hin, daß in der gegenwärtigen Zeit, die als die günstigste für die Buttererzeugung in Frage kommt, dafür gesorgt werden müsse, die spätere Versorgung der Bevölkerung mit Butter und Fett sicherzustellen. Daher ist von der Provinzialfettstelle vorgeschlagen worden, die Kuhhalter durch die Kreise zwangsweise den Molkereien anzuschließen und ihnen eine bestimmte Menge Milch, die nach dem Durchschnitt bemessen werden muß, zur Ablieferung aufzuerlegen. Einige Landräte wiesen mit besonderm Nachdruck darauf hin, daß der Zwangsanschluß eine große Erregung und Erbitterung in die Kreise der Bauern und Landwirte tragen wird. Ein Zwangsanschluß würde den Rückgang der Kuhhaltungen bringen, man müsse mit einer großen Einschränkung, ja sogar mit einem Aufhören der Schweinezucht rechnen, da die Nebenprodukte, die von den Molkereien zurückgeliefert werden, nicht mehr für die Schweinemast in Frage kommen. Auch die Arbeiterfrage spiele eine sehr große Rolle bei der Landwirtschaft. Da durch die hohen Löhne in der Industrie die Arbeiter vom Lande weggezogen werden, können die Arbeiter in der Landwirtschaft nur noch durch die bessern Ernährungsverhältnisse gehalten werden. Man soll den Kreisen bei der Aufbringung der Milch freie Hand lassen und von der Einrichtung der Kuhhaltungskataster Abstand nehmen. Von dem Leiter der Provinzialfettstelle wurde erklärt, es komme nicht darauf an, unter allen Umständen restlos die Milch zu erfassen, aber die vorgeschriebenen Mengen von Butter und Fett müssen beigebracht werden, daher müsse an dem Kuhhaltungskataster festgehalten werden. Die Kreise müssen auch eine dauernde Kontrolle ausüben, denn sobald diese nachlasse, gehe die Ablieferung der Milch sofort ganz erheblich zurück. Die Ablieferung von 20 Litern pro Kuh und Woche bilde nicht das Ideal vielmehr müssen die Kreise die Lieferungsmöglichkeit der Gemeinden feststellen und darauf sehen, daß die Ablieferung der notwendigen Mengen entsprechend der Erzeugungsmöglichkeit auch durchgeführt wird. Die Berichte einiger Kreise, bei denen die Zwangsanschlüsse durchgeführt worden sind, sprechen dafür, daß es mit einigem guten Willen möglich ist, die Landbevölkerung von der Notwendigkeit dieser Maßnahmen zu überzeugen.

Eine weitere Frage betrifft die Anrechnung der Ziegenmilch auf die Fettkarte. Es ist heute nicht mehr so, daß gesagt werden kann, die Ziege sei die Kuh des kleinen Mannes. Vielfach werden 2 bis 15 Stück gehalten. Daß diesen Ziegenhaltern neben den ihnen zufließenden Butter- und Milchmengen auch noch der Teil der auf die Rationierung kommt, gewährt werden muß, ist nicht richtig. In einigen Kreisen werden den Ziegenhaltern pro Ziege und Woche 1 bis 2 Fettkarten entzogen. Der Leiter der Provinzialfettstelle erklärte, er könne für dieses Wirtschaftsjahr nicht empfehlen, die Ziegen in die Reglementierung hineinzuziehen, die Aufgabe könne nicht durchgeführt werden. Gegen die Entziehung der Fettkarte durch die Kreise bei den Ziegenhaltern könne aber nichts eingewendet werden.

Der Oberpräsident v. Hegel schloß die Sitzung mit der Aufforderung, die Teilnehmer möchten dafür wirken, die notwendigen Maßnahmen, die nun einmal durchgeführt werden müßten, zu treffen und daran eifrigst mitzuwirken. —

Barfüßler.

Der Magistrat der Stadt München gibt an seine Beamten bekannt, daß dem nichts im Wege stehe, daß die Beamten in Sandalen mit und ohne Socken zum Dienst erscheinen. Im Interesse der Ledererſparnis und als Ausführung einer vaterländischen Pflicht wird es bezeichnet, wenn die Beamten des Münchner Magistrats recht zahlreich auf diese Weise mit gutem Beispiel vorangehen.

Auch in Schlesien nimmt das Barfußgehen zu. In Jauer gehen, wie gemeldet, Lyzeumsschülerinnen und Gymnasiasten barfuß, und in Grünberg haben sich, nach der „Breslauer Zeitung", auch Herren und Damen der „gebildeten Kreise" dazu entschlossen, um Stimmung für die Ledererſparnis zu machen. Na na? Die Schüler der höheren Schulen in Beuthen in Oberschlesien müssen bis zur Quarta jetzt barfuß zur Schule kommen, auch in Kattowitz haben Gymnasiasten und Schülerinnen der Lyzeen Schuhe und Strümpfe abgelegt. Etwas „zurückhaltender" sind die höheren Töchter von Liegnitz, die in Holzsandalen gehe, welche mit Riemen an den Füßen befestigt sind.

Aus Salzwedel wird ebenfalls gemeldet, daß die Gymnasiasten barfuß zur Schule gehen. Ferner lesen wir, daß auch die Berliner Schuldeputation den Rektoren und Hauptlehrern empfiehlt, den Kindern anzuraten, barfuß zu gehen, soweit es ihre Gesundheit zuläßt; sie hat darauf hingewiesen, daß es auch keinem Bedenken unterliegt, wenn die Kinder barfuß zur Schule kommen.

Vielleicht wird das Barfußlaufen noch eine Mode, die auch den Modestolz auslöst. Dann bleibt es nicht nur auf Kinder beschränkt, dann rückt sie auf der Stufenleiter des Alters bestimmt aufwärts. Als Mode würde der nackte Fuß alle sozialen Schranken überspringen. Herrscherin Mode würde dann den Menschen auch einmal eine Last erleichtern. Nützlich und zweckmäßig wäre es, im warmen Sommer das sündhaft teure und knappe Leder zu schonen.

Freilich wird die Mode hier doch noch einen harten Stand haben, bevor sie sich allgemein durchsetzt, weil sie billig ist. Die Mode siegt schneller, wenn sie viel Geld verlangt. Die Menschen, die ihre Kriegsverdienste eingeheimst haben, wollen natürlich ihren Reichtum auch ein wenig mit sich herumtragen. Natürlich wollen Leute, die etwas haben, ihre Füße nicht in einer Bekleidung zeigen, die nichts kostet. Das wäre zu ärmlich und ordinär. Die Mode müßte deshalb eine teure Barfußlauferei erfinden. Vielleicht könnten an den Fußzehen Brillantringe getragen werden, echte und falsche, mit eiserner Einfassung oder mit kupferner. Vielleicht lassen sich auch um die Ballen, die häufig eine etwas frostige Entwicklung aufweisen, kunstvolle Ornamente zeichnen. Teuer muß die Mode werden, dann siegt sie mit rasender Schnelligkeit. Dann werden die Kinder in Arbeitervierteln, die sich schon immer mit der eignen Haut als Fußbekleidung begnügen mußten, nicht mehr allein barfuß gehen, sie bekommen auch nicht nur Gesellschaft in besonders unerschrockenen Gymnasiasten. Vielleicht wird dann auch der nackte Fuß bei Backfischen und Frauen — sittlich.

Im übrigen würde das Barfußlaufen, wenn es allgemein von jung und alt gepflegt würde, zu mancher „Neuorientierung" im Leben führen müssen. Zum Beispiel wenn die Stadtverordneten barfuß ins Rathaus gingen. Von ihnen verlangt man ein „festes und energisches Auftreten". Wie wäre das möglich ohne Stiefel. Oder wenn die Ehefrau in herkömmlicher Weise auf den lange nach der Polizeistunde heimkehrenden Gatten wartet und lauscht, ob er auf der Treppe „Fehltritte" macht. Ihr wird die Kontrolle sehr erschwert, da er nun auf leichten Sohlen zu ihr ins Schlafgemach tritt, mit unschuldsvollen weißen Füßen. Und so würden noch viele andre Schritte nicht mehr gehört werden.

Doch Scherz beiseite: das Barfußlaufen im Sommer wäre nicht die unangenehmste Kriegseinschränkung, wenn es der Gesundheitszustand erlaubt. Es dürfte freilich nicht nur auf die Armen beschränkt bleiben und dürfte nicht mehr das Zeichen der Armut sein. Vielleicht bricht es sich Bahn. Wir wollen dann hoffen, daß es wirklich die letzte Wegstrecke des Krieges ist, die weite Volkskreise barfuß zurücklegen. —

---

* **Obst- und Gemüsehändler** werden amtlich darauf aufmerksam gemacht, daß bei der Firma Wilhelm Hendrichs, Buch- und Kunstdruckerei, Gr. Ulrichstraße 11, vorgedruckte Preisverzeichnisse für Gemüse- und Obsthändler, wie sie die Bekanntmachung des Magistrats vom 26. Juni 1917 vorschreibt, zum Preise von 0,90 Mark für einen Block erhältlich sind. Interessenten mögen sich also dorthin wenden. —

* **Höchstpreise für Bienenhonig** sind nunmehr durch Reichskanzler-Verordnung festgesetzt worden. Sie betragen für Seim- und Preßhonig beim Verkauf durch den Erzeuger 1,75 Mark, bei allen andern Honigarten 2,75 Mark, beim Verkauf durch andre Personen, insbesondere durch den Handel, 2,50 Mark und 3,50 Mark für je 1 Pfund, beim unmittelbaren Absatz vom Erzeuger an den Verbraucher in Mengen bis 5 Kilogramm betragen die Höchstpreise 2 Mark und 3 Mark. Gleichzeitig sind alle Verträge über Honig, die zu höheren Preisen bereits abgeschlossen sind, für nichtig erklärt, soweit sie nicht schon erfüllt sind. —

* **Kleiderverkauf an Althändler verboten.** Es werden Fälle bekannt, in denen trotz des Verbots des Bundesrats vom 23. Dezember 1916 Althändler immer noch Kleidungsstücke ankaufen. Der Magistrat macht daher darauf aufmerksam, daß Altkleider nur an die Altkleider-Verwertungsstelle, Leipziger Straße, verkauft werden dürfen und daß jeder anderweitige An- und Verkauf verboten und strafbar ist. Uebertretungen des Verbots werden in Zukunft jedesmal zur Anzeige gebracht. —

* **Die Fahrgeldeinnahmen der Straßenbahnen** betrugen im Juni 1917 bei der Stadtbahn 168 460,80 Mark, bei der Straßenbahn 105 273,40 Mark. Im gleichen Monat des Vorjahrs betrugen sie bei der Stadtbahn 111 739,00 Mark, bei der Straßenbahn 67 092,40 Mark. Das sind mithin im Juni 1917 mehr bei der Stadtbahn 56 721,80 Mark, bei der Straßenbahn 38 181,00 Mark. Vom 1. April bis Ende Juni 1917 wurden bei der Stadtbahn 148 637,30 Mark, bei der Straßenbahn 99 782,00 Mark mehr vereinnahmt als im gleichen Zeitraum des Vorjahrs. —

* **Zur Behebung des Kleingeldmangels** veröffentlicht der „Staatsanzeiger" eine Weisung an die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und königlichen Regierungen über die Annahme von Hartgeld zum Umtausch in Scheine bei den öffentlichen Kassen, worin diese aufgefordert werden, zur Erleichterung der Ablieferung von angesammelten Hartgeldbeständen den Wünschen des Publikums möglichst Rechnung zu tragen, also die Scheine möglichst in solchen Stücken zu geben, wie es das Publikum wünscht. Weiterhin sind die Behörden angewiesen worden, für die nächste Zeit, etwa bis zum 1. August d. J., das Aufstellen von Sammelbüchsen in Gastwirtschaften, Läden usw. zu verbieten und die bisher hierzu erteilten Genehmigungen zurückzunehmen, da bekanntlich der Kleingeldmangel auch dadurch verschärft worden ist, daß an vielen Orten aufgestellte Sammelbüchsen nicht regelmäßig geleert worden sind. —

— **Neue Bestimmungen für Reklamationsanträge.** Nach einer Bekanntmachung des stellv. Kommandierenden Generals gelten bei Reklamationsanträgen im Bereich des 4. Armeekorps unter anderm folgende Bestimmungen: Reklamationen von Betriebsleitern, Angestellten und Arbeitern für industrielle Betriebe sind nur bei der Abteilung IIb, Fabrikenabteilung des stellv. Generalkommandos in Magdeburg, von Betriebsleitern, Angestellten und Arbeitern für landwirtschaftliche Betriebe nur bei den Kriegswirtschaftsstellen der für den Betrieb zuständigen Land- oder Stadtkreise, alle andern Reklamationen nur bei dem Zivilvorsitzenden der Ersatz-Kommission (Landrat, Kreisdirektor, Polizeipräsident, Magistrat) einzureichen. Die Anbringung von Reklamationsgesuchen nach Empfang des Gestellungsbefehls ist unstatthaft. Gesuche um Verlängerung bereits bestehender Zurückstellungen sind so zeitig einzureichen, daß vor Ablauf der alten Zurückstellungsfrist die Verhältnisse genau geprüft werden können, also etwa 4 Wochen vor Ablauf der alten Zurückstellungsfrist. —

— **Zahlung rückständiger Truppenlöhnung.** In den Kreisen der verwundeten Soldaten bestand Unklarheit darüber, welche militärische Stelle die Truppenlöhnung, deren Auszahlung infolge der Verwundung unterblieben sei, zu gewähren habe, und wie lange die Löhnung an Mannschaften im Lazarett nach den Sätzen für mobile Truppenteile geleistet werde. Das preußische Kriegsministerium hat diese Angelegenheit nunmehr klargestellt. Nach den geltenden Bestimmungen ist die fragliche Löhnung in allen Fällen vom Lazarett nachzuzahlen. Diese Abfindung der Mannschaften während ihres Aufenthalts in einem Lazarett mit der Löhnung erfolgt nach den Sätzen für immobile Formationen erst mit dem ersten Tage des Monatsdrittels, das auf den Tag der Aufnahme in das Lazarett folgt. Bis dahin haben die verwundeten Soldaten Anspruch auf die Löhnung nach den bisher bezogenen Sätzen. —

Keine Sammelbüchsen mehr! Bekanntlich ist der Kleingeldmangel auch dadurch verschärft worden, daß an vielen Orten aufgestellte Sammelbüchsen nicht regelmäßig geleert worden sind. Nachdem schon vor einigen Monaten von der Reichsfinanzverwaltung auf die beschleunigte Entleerung der Sammelbüchsen und Automaten im Interesse unsers Kleingeldverkehrs hingewiesen worden war, sind nunmehr von der preußischen und von verschiedenen andern Bundesregierungen die nachgeordneten Behörden angewiesen worden, für die nächste Zeit, etwa bis zum 1. August d. J., das Aufstellen von Sammelbüchsen in Gastwirtschaften, Läden usw. zu verbieten und die bisher hierzu erteilten Genehmigungen ausdrücklich zurückzunehmen. Sammlungen im Umherziehen aus bestimmten Anlässen sollen hierdurch nicht beeinträchtigt werden, sofern Sicherheit gegeben ist, daß die gesammelten Münzen auch sofort wieder in den freien Verkehr gebracht werden. —

* **Zu hohe Kaffeepreise in den Restaurants.** Endlich, nachdem es reinen Bohnenkaffee schon seit beinahe einem ganzen Jahre nicht mehr gibt, und nachdem auch Milch und Zucker nicht mehr den Getränken in den Restaurationen beigegeben werden darf, hat auch das Kriegsernährungsamt entdeckt (was wir gewöhnlichen Sterblichen längst schon wissen), daß eigentlich die Kaffeepreise in den Cafés, Restaurants usw. viel zu hoch sind, weshalb es angebracht sei, auch Preise zu verlangen, die mit den Gestehungskosten im Einklang stehen. Nur gibt dasselbe Amt in dem gleichem Atemzug eine Anzahl Posten zur Berücksichtigung bei der neuen Preisprüfung an, die auf nichts andres als eine Rechtfertigung der jetzigen Preise (also der eben erst beanstandeten) hinauslaufen. Es sagt nämlich: Freilich müsse darauf geachtet werden, daß der verteuerte Betrieb, die erhöhten Löhne, die Mehrkosten für Kohlen und Licht sowie die Miete und die sonstigen Umstände volle Beachtung finden und die Preisfestsetzung durch die kommunalen Preisprüfungsstellen unter Berücksichtigung dieser Faktoren erfolgt. Das auf die einfachste Formel zurückgeführt, bedeutet: Das eine hebt das andre auf, — also lassen wir alles beim alten. Warum schneidet man dann aber überhaupt erst diese Frage an? Um zu sehen, daß man oben immer noch spät genug kommt! Das haden wir auch ohne diesen neuen Beweis gewußt! —

— **Keine feuergefährlichen Gegenstände mit der Feldpost versenden!** Immer wieder werden trotz wiederholter Warnungen in den Zeitungen feuergefährliche Gegenstände, wie Streichhölzer, Benzin, Aether, Kalziumkarbid, metallisches Natrium usw. zur Versendung mit der Post eingeliefert. Dieses Verfahren hat schon häufig beklagenswerte Folgen gehabt, es sind dadurch mehrfach Brände von Postwagen entstanden, die zur Vernichtung großer Mengen von Feldpostsendungen geführt haben. Auf das Verbot der Versendung leicht entzündlicher Sachen in Postsendungen wird daher von der Oberpostdirektion erneut hingewiesen. Jede zur Kenntnis der Postverwaltung kommende Zuwiderhandlung gegen dieses Verbot wird dem Gericht zur Bestrafung des Schuldigen mitgeteilt. —

* **Einbruchsdiebstahl.** Während einer der letzten Nächte wurde in die Selterwasserbude an der Dölauer Straße eingebrochen und Limonade im Werte 8 Mark sowie 80 Pfg. Bargeld gestohlen. —

* **Ein Heuschreckenschwarm von beträchtlicher Größe** ist am Sonnabend nachmittag beim Herannahen eines schweren Gewitters von Merseburg her über Halle gezogen, wie uns nachträglich noch gemeldet wird. Der Zug dauerte mehrere Minuten und umfaßte Millionen dieser gefräßigen Tiere. —

* **Unfall.** Der Geschäftsführer des „Volksblattes", unser Genosse Herzig, ist am Sonntag nachmittag bei Schlettkau so unglücklich vom Rade gestürzt, daß er mit der Bahn nach der Hallischen Klinik und von da mit einer Droschke nach seiner Wohnung gebracht werden mußte. Die Hauptverletzung scheinen Blutergüsse ins Knie zu sein. —

* **Ehetragödie.** Infolge ehelicher Verhältnisse erstickte ein Steindrucker in seiner in der Trothaer Straße befindlichen Wohnung seine Ehefrau mit deren Einverständnis im Bette, kurz darauf erhängte er sich selbst. Die Toten wurden nach erfolgter Besichtigung und Feststellung des Tatbestandes nach dem Gertraudenfriedhof gebracht. —

* **Aufgegriffen.** In der Trothaer Straße wurde ein aus einer Fürsorgeerziehungsanstalt entwichener Zögling aufgegriffen und eingeliefert.

Aus der Provinz.

Die Sektion 4 der Knappschaftsberufsgenossenschaft hat soeben ihren Bericht für 1916 herausgebracht, aus dem folgende Mitteilungen wiedergegeben seien:

Zum Zwecke der erstmaligen Rentenfeststellung wurden 1104 Gutachten abgegeben. In 847 Fällen wurden Unfallentschädigungen festgestellt; in 96 Fällen wurde der Anspruch abgelehnt. Die Summe der durch das Knappschafts-Oberversicherungsamt Halle erledigten Streitfälle beträgt 275, der unerledigten 49. Das Reichsversicherungsamt erledigte 75 Rekurse, und zwar 64 zugunsten der Berufsgenossenschaft und 11 zugunsten der Rentenbewerber.

Es ereigneten sich in den Betrieben 6445 Unfälle, das macht auf den Arbeitstag 21. Bis Ende 1916 wurden 847 Unfälle entschädigungspflichtig. Die Anzahl der zum Heilverfahren übernommenen Fälle beträgt 579; davon sind 354 Personen geheilt entlassen, 14 gestorben, 194 werden entschädigt und 17 sind noch in Behandlung.

Aeußere Ursachen der entschädigungspflichtigen Unfälle pro 1916: durch Explosion 37, durch glühende Metallmassen, Flüssigkeiten, Gase 25, durch bewegte Maschinenteile 115, durch Zusammenbruch, Einsturz, Herabfallen von Gegenständen 173, durch Sturz von Leitern usw. 55, durch Fahrzeuge 353, sonstige 89; durch innere Ursachen, wie Gefährlichkeit des Betriebs an sich, ungenügende Anweisung, Handeln wider die Anweisung usw. 847.

Die Art der Verletzungen war: Kopfverletzungen 61, Verluste der obern Gliedmaßen 106, der untern Gliedmaßen 28, Verletzungen ohne Verlust von Körperteilen 751. Die Verteilung der Unfälle auf die Gewerbszweige gestaltet sich folgendermaßen: Steinkohlenbergbau 4, Braunkohlenbergbau 3504, Erzbergbau und Metallhütten 1761, Salzbergbau und Salinen 1113, andre Mineralgewinnungen 63.

Die Gesamtzahl der Unfälle mit tödlichem Ausgang beträgt 164, mit dauernd völliger Erwerbsunfähigkeit 4, dauernd teilweiser 377, vorübergehender 302. Die Zahl der entschädigungsberechtigten Hinterbliebenen beträgt 368, der Gesamtunfallentschädigungen 2 421 904 Mark. Die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle ist um 95, die Zahl der Versicherten um rund 4400 und die gezahlten Löhne sind um rund 20 Millionen Mark gestiegen.

Auf den Betrieb des Krankenhauses Bergmannstrost ist der Einfluß des Krieges während 1916 noch erheblicher gewesen als 1915. Die Verwaltungskosten sind von 518 076 auf 614 737 Mark gestiegen. Der Haushaltsplan ist um 233 477 Mark überschritten worden. Die Zahl der verpflegten Kranken betrug 2114, die der Verpflegungstage 115 546, die der gestorbenen Kranken 59, einschließlich 8 Militärpersonen.

An Löhnen sind im Sektionsbezirk an die versicherten Personen gezahlt worden: im Steinkohlenbergbau 29 394 Mark für 6358 Arbeitstage an 20 Personen; im Braunkohlenbergbau 60 504 774 Mark für 11 282 014 Tage an 39 982 Personen, im Erzbergbau und Metallhütten 36 940 549 Mark für 6 342 056 Tage an 20 214 Personen, im Salzbergbau 25 121 971 Mark für 48 440 052 Tage an 15 873 Personen und in andern Mineralgewinnungen 2 200 766 Mark für 508 094 Tage an 1718 Personen. Der Lohnsatz pro Tag und Kopf bewegte sich zwischen 3,74 und 5,82 Mark. —

Die Beschädigung von Saatkartoffeln unnütz.

Von amtlicher Stelle wird folgendes bekanntgegeben:

In jüngster Zeit häuften sich Meldungen über Saatbeschädigungen von Seiten Kriegsgefangener, insbesondere nahmen Mitteilungen über ausgestochene Augen von Saatkartoffeln einen breiten Raum in den Nachrichtenspalten der Presse ein, so daß vielfach schon eine — wie sich jetzt aber herausstellt glücklicherweise unberechtigte — Aufregung im Publikum entstand. Das Keimen der Kartoffeln nämlich wird durch das Ausstechen der Augen nicht verhindert, sondern das Austreiben nur verzögert. Dem Münchener Botaniker Professor Dr. v. Göbel gebührt das Verdienst, nachgewiesen zu haben, daß, im Falle der Kartoffel alle Augen ausgeschnitten werden, sich an den Wundstellen neue bilden. Das bösartige Vorgehen der französischen Kriegsgefangenen und die aus ihrer Heimat ergangene Anweisung hierzu entspringt also einer botanischen Unkenntnis und kann glücklicherweise den beabsichtigten Schaden nicht zufügen. —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170703-13/fragment/page=0006